

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 38. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

---

Sitzungsdatum: 6. November 2019  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Florian Spiegel, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Philippe Hofmann  
Roman Klauser  
Christoph Morat  
Franz Vogt  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Rolf Adam, René Amstutz, Andres Bärtsch, Mehmet Can, Barbara Grange, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister, René Imhof, Astrid Kaiser, Cetin Keles, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Alfred Rellstab, Evelyn Roth, Christoph Ruckstuhl, Damian Schaller, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter

Entschuldigt: Philippe Adam, Mark Aellen, Martin Münch, Urs Pozivil

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 30 Anwesende = 20  
18.05 Uhr 31 Anwesende = 21  
18.15 Uhr 32 Anwesende = 22  
18.55 Uhr 33 Anwesende = 22  
19.05 Uhr 34 Anwesende = 23  
20.05 Uhr 35 Anwesende = 24

---

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Bauwesen und Umwelt**, anstelle des zurückgetretenen Lukas Hess, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)  
Wahlvorschlag: Cetin Keles Geschäft 4484
  
2. Bericht des Gemeinderates vom 07.08.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, betreffend **Quartierplanung Sturzenegger**, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4476 / A
  
3. Bericht des Gemeinderates vom 25.09.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 20.10.2019, betreffend **Umgestaltung Lindenplatz**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4479 / A
  
4. Bericht des Gemeinderates vom 16.10.2019, zum Postulat von Rahel Balsiger, FDP, vom 25.01.2012, betreffend **Erweitern des Konzepts «Standorte der Wertstoffsammelstellen» um einen Standort im Bereich Lindenplatz**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4052 / A
  
5. Bericht des Gemeinderates vom 16.10.2019, zum Postulat von Urs Pozivil, FDP-Fraktion, vom 15.05.2018, betreffend **Tarifgruppenanpassungen in der Gebührenverordnung für Allschwiler Vereine**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4395 / A
  
6. Bericht des Gemeinderates vom 16.10.2019, zum Postulat der CVP-Fraktion, vom 22.05.2018, betreffend **Intelligente Strassen bauen**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4398 / A
  
7. Interpellation von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 15.06.2019, betreffend **Fahrradwege Überquerung Bachgraben**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4470
  
8. Postulat von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 29.04.2019, betreffend **Bauschuttalagerungen am Mühlebach**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4461
  
9. Postulat von Ueli Keller, Grüne Allschwil, vom 08.04.2019, betreffend **Keine Gebühren für Allschwiler Vereine**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4451
  
10. Postulat von Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion, vom 17.06.2019, betreffend **Lärmbelästigungen Schulhaus Gartenstrasse**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4471
  
11. Motion von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 13.05.2019, betreffend **Überarbeitung Abfallbewirtschaftungsreglement**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4467

#### **Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
  - FRAGESTUNDE
-

**Für das Protokoll:**

Christine Rüeggsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 37 vom 6. November 2019**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Florian Spiegel

---

**Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Florian Spiegel**, Präsident: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Gemeinderäte. Ich begrüsse Sie zur Einwohnerratssitzung vom 6. November 2019. Entschuldigt sind Philippe Adam, Marc Aellen, Martin Münch und Urs Pozivil, verspätet kommen Jean-Jacques Winter, Claudia Siegel und Cetin Keles. Ich bitte Herrn Spinnler um die Präsenz.

Neu begrüssen im Einwohnerrat darf ich Herr Lucca Schulz für die SP anstelle von Lukas Hess. Der Lebenslauf haben Sie vor sich auf dem Tisch liegen. Zusätzlich möchte ich auch als neues Mitglied Damian Schaller von der FDP anstelle des zurückgetretenen Manfred Jutzi begrüssen. Auch sein Lebenslauf liegt auf dem Tisch. Des weiteren muss ich verkünden, dass Markus Gruber per Ende November 2019 den Rücktritt aus dem Einwohnerrat bekannt gab. Damit ist dies seine letzte Sitzung und ich ihm, oder ich Dir, lieber Markus, an dieser letzten Sitzung alles Gute wünsche.

Es ist eine dringliche Interpellation eingegangen der EVP/Grünliberale/Grüne Allschwil betreffend Verkauf Sturzenegger-Areal, Millionengeschenk an die Bürgergemeinde Allschwil? Ich gebe es zum Auflegen weiter. Wir müssen über die Dringlichkeit abstimmen und deshalb erhält noch jemand aus dem Gemeinderat, ich nehme an Herr Molla, so wie es aussieht, das Wort zur Dringlichkeit.

**Jérôme Mollat**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Zuerst möchte ich mich dafür entschuldigen, dass dies nicht verteilt werden konnte. Wir haben es zwar vorgestern eingereicht, aber offensichtlich hat es nicht gereicht für die Kopien. Zur Sache: Uns ist aufgefallen, dass das Sturzenegger-Areal, worüber wir heute darüber befinden, möglicherweise deutlich unter dem aktuellen Landpreis an die Bürgergemeinde verkauft werden soll. Es steht eine Differenz von bis zu 2 Mio. im Raum. Weil wir aber heute auch über den Quartierplan und damit indirekt auch über den Verkauf befinden werden, würden wir sehr begrüssen, wenn der Gemeinderat noch dringliche Erklärungen abgeben könnte, wie dieser Landpreis zu Stande kam. Besten Dank.

**Florian Spiegel**, Präsident: Sie haben die Ausführungen gehört. Für die Dringlichkeit braucht es ein 2/3-Mehr. Wenn dieses zu Stande kommt, dann wäre es beim Gemeinderat, wenn es in seiner Möglichkeit

---

---

liegt, das im Anschluss an die Pause zu beantworten. Wer der Dringlichkeit dieser Interpellation statt geben will, soll dies bitte bezeugen durch Kartenerheben. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Ich fahre während der Auszählung weiter mit den Interpellationen, welche noch eingegangen sind. Und zwar sind eingegangen, eine Interpellation der SP-Fraktion „Verwaltungsinterne Personalvertretung“. Ich frage die SP an, ob es dazu ein Wortlaut gibt. Das scheint nicht der Fall zu sein. Noch eine Interpellation der SP „Förderung Leistungs- und Innovationsfähigkeit Mitarbeitende Gemeindeverwaltung“. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Weiter ist eingegangen, eine Interpellation der SVP-Fraktion betreffend „Schulhauslärm“. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist auch nicht der Fall. Des Weiteren ist ein Postulat der CVP-Fraktion eingegangen „Evaluation zu alternativen Antrieben, Elektro, Hybrid, Gas oder anderes für Gemeindefahrzeuge“. Ist dazu das Wort gewünscht? Das ist auch nicht der Fall.

Das Resultat der Abstimmung liegt nun vor:

://:

Es sind 16 Ja, 5 Nein, 9 Enthaltungen. Es müssten 20 Ja sein fürs 2/3-Mehr. Somit haben Sie der Dringlichkeit nicht stattgegeben.

**Florian Spiegel**, Präsident: Weiter gebe ich bekannt, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste vorliegen. Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit stelle ich fest, dass die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt ist.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 1**

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Bauwesen und Umwelt, anstelle des zurückgetretenen Lukas Hess, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)  
Wahlvorschlag: Cetin Keles, Geschäft 4484

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Ich frage an, ob weitere Nominationen aus dem Rat vorliegen. Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat, ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Damit ist Herr Cetin Keles in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 07.08.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, betreffend Quartierplanung Sturzenegger, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat und KBU-Präsident Andreas Bärtsch, Geschäft 4476 / A

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Es liegen von der KBU neue Anträge und Anpassungen zu ihrem Bericht vor. Somit frage ich den Präsidenten der KBU an, ob er das Wort möchte. Das ist so. Das Wort hat Andreas Bärtsch.

**Andreas Bärtsch**, Präsident KBU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer. Die Kommission Bau und Umwelt hat den Quartierplan aufgrund der ersten Einwohnerratssitzung noch einmal beraten und konnte sich auf die fundierten Auskünfte von Adrian Landmesser verlassen und aufgrund dieser Aussagen, die er getroffen hat oder von diesen Auskünften, die er angebracht hat, hinterfragte gewisse Anträge noch einmal. Im Wesentlichen bleiben wir beim ersten Antrag, dass wir § 6 Abs. 3 kürzen. Da geht es um Mietparkplätze. Begründung: Wie wir festgestellt haben, war dieser Paragraph in den letzten Quartierplänen, die wir behandelt hatten, auch nicht so ausgeführt und wir sind der Meinung, es soll gleich umgesetzt werden, wie wir dies bis anhin gemacht haben. Bei den Besucherparkplätzen, bei denen wir gesagt haben, dass

---

sie evtl. auch vermietet werden können: diesen Paragraphen streichen wir, weil keine Chance besteht, dass man das beim Kanton durchbringen könnte. Wir wollen nichts durchzwängen. Zusätzlich möchten wir aber auch in § 6 einen Absatz d einführen, der lautet: „Für die Nutzung der Parkplätze ist die Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz (RBV) des Kantons Basel-Landschaft massgebend.“ Warum möchten wir das einführen? Wenn ein Quartierplan gemacht wird und dieser Satz nicht drin steht, ist das, was im Quartierplan drin steht, in Stein gemeisselt, ausser man ändert den Quartierplan. Wenn wir nun diesen Satz in den Quartierplan rein nehmen, werden zukünftige Änderungen im RBV auch für den Quartierplan massgebend. Wenn also z.B. die Parkplatzregelung gelockert wird, kann man dies dann auch auf den Quartierplan anwenden. Der letzte Punkt behandelt nach wie vor die Warm- und Kaltwasserzähler, bei welchem die KBU der Meinung ist, man sollte bei diesem Quartierplan nicht nur das Warmwasser verbraucherorientiert zählen sondern auch das Kaltwasser. Wie wir in der Diskussion festgestellt haben, ist aus der letzten Einwohnerratssitzung nicht ganz klar hervorgegangen, dass diese Kaltwasserzähler nicht durch die Gemeinde gestellt werden muss, sondern durch den Investor, in casu die Bürgergemeinde. Die Kaltwasserzähler befinden sich auf der Etage bei den Wohnungen und nicht wie von der Gemeinde anfänglich gedacht, auf Gemeindegebiet an der Parzellengrenze. Die Kommission vertritt auch hier die Auffassung, wir haben uns dieses Ziel gesetzt, einen nachhaltigen Quartierplan zu machen, einen Quartierplan, der eine hohe Nachhaltigkeit ergibt. Wir sind der Meinung, dies ist ein Beitrag dazu. An unserer Empfehlung bezüglich der Bäume halten wir fest, auch wenn der Gemeinderat richtigerweise der Meinung ist, dass dies auch im Baubewilligungsverfahren geregelt werden kann. Wir sind aber der Meinung, es ist ein Vertrag und das gehört in den Vertrag und ist dann so geregelt.

**Florian Spiegel**, Präsident: Herzlichen Dank Herr Bärtsch. Da es sich um die zweite Lesung handelt, ist es so, dass nur wenn Aspekte oder neue Aspekte des Rats vorliegen, die allgemeine Diskussion eröffnet würde. Liegen keine Aspekte oder Einwände aus dem Rat vorliegen, gehen wir direkt zur zweiten Lesung des Quartierplanreglements gehen. Deshalb frage ich den Rat an: Gibt es weitere Aspekte oder Wortmeldungen zu diesem Geschäft?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Gemeinderat ist natürlich erfreut, dass die KBU den ersten Antrag, den wir als besonders stossend fanden, dass sie diesen zurückzieht. Wir begrüssen das sehr, weil wir sind ernsthaft besorgt, dass der Regierungsrat sonst diesem Quartierplan nicht innert nützlicher Frist zustimmen könnte. Der neue Antrag der KBU, das ist ein bisschen ein zweischneidiges Wert „Für die Nutzung der Parkplätze ist die Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz massgebend“. Der Vorteil ist tatsächlich, dass, sollte es einmal geändert werden, dann kann unter Umständen, muss man es nicht neu verhandeln, wie Andreas Bärtsch richtig gesagt hat. Andererseits ist es natürlich so, dann sind diese Parkplätze gebaut und dann ist die Frage, müssen dann diese Parkplätze, die vermietet sind, die vielleicht zu einer Wohnung gehören, welche zusammen mit einer Wohnung gemietet werden kann... sind diese auch ungefährdet oder kann man diese so belassen? Der Gemeinderat ist der Meinung, dass auch zu einem späteren Zeitpunkt ein Mieterwechsel stattfinden kann und der Neumieter z.B. auch ein Auto besitzen kann, und daher müsste die Anzahl Parkplätze auf jeden Fall so bestehen bleiben. Man kann ja nicht weniger machen, man kann höchstens die unterirdischen Parkplätze einer anderen Nutzung zuführen, aber gebaut sind sie ja dann schon. Der Gemeinderat empfiehlt auch hier, dass Sie der Version des Gemeinderats und dessen Antrag zustimmen, resp. dass Sie den Antrag ablehnen. Zur Warm- und Kaltwasserversorgung ist zu sagen: Gesetzlich geregelt ist, dass die Heizungskosten gemessen werden müssen und verbraucherorientiert dem Mieter oder dem Wohnungsbesitzer weiter verrechnet werden. Wenn man nun dasselbe auch mit dem Kaltwasser beginnt, ist dies eine Ungleichbehandlung von anderen Baubewilligungen, bei welchen es bis jetzt nicht verlangt wurde. Wie ich an der letzten Sitzung ausführte, wäre es für den Gemeinderat viel sinnvoller, wenn man diese Regelungen tatsächlich im entsprechenden Wasserreglement neu regeln oder ändern würde. Dies würde bedeuten, dass irgend jemand eine Motion machen müsste und dieser könnte man folgen und den Wasserverbrauch tatsächlich mit einem gewissen Anreiz versehen und weiter ins Reglement schreiben. Wir empfehlen nicht, dass wir hier ein Exempel statuieren ausgerechnet der Bürgergemeinde. Die Bürgergemeinde ist ein verlässlicher Partner der Einwohnergemeinde und ist auch eine öffentliche Körperschaft. Der Gemeinderat hat dies auch noch einmal beraten nach der letzten Einwohnerratssitzung und ist nach wie vor der Meinung, das sollte nicht in einem Quartierplan geregelt werden, sondern tatsächlich in einem Reglement, durch welches man tatsächlich die Nachhaltigkeit in Allschwil stark vergrössern können wird. Der dritte Antrag ist nur eine Empfehlung, weil ja eigentlich der Quartierplanvertrag ein öffentlicher Vertrag ist, der sowieso durch den Gemeinderat ausgehandelt wird. Diese Empfehlung werden wir selbstverständlich aufnehmen, das habe ich letztes Mal so gesagt. Wir werden dies bei den Verhandlungen noch einmal anschauen und die Empfehlung ganz bestimmt so berücksichtigen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur zweiten Lesung des Quartierplanreglements und des Quartierplans

---

Sturzenegger. Der zweite Vizepräsident **Niklaus Morat** ruft abschnittsweise die Paragraphen auf und der erste Vizepräsident **Christian Kellermann** stellt die Wortmeldungen fest. Ich gebe das Wort an Niklaus Morat.

Erlass, Seite 1

keine Wortmeldung

§ 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Planung, Seite 1

keine Wortmeldung

§ 2 Art der baulichen Nutzung, Seite 2

keine Wortmeldung

§ 3 Mass der baulichen Nutzung, Seite 2

keine Wortmeldung

§ 4 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten, Seite 4

keine Wortmeldung

§ 5 Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des Aussenraumes, Seite 6

keine Wortmeldung

§ 6 Erschliessung und Parkierung, Seite 8

**Andreas Bärtsch**, Präsident KBU: Sehr geehrter Präsident. Ich hätte die Kommission eben ihren Antrag und zwar der erste Antrag zum §6 Abs. a. „Der spezifische Bedarf für Auto-Abstellplätze wird zwecks Förderung des auto-reduzierten respektive -armen Wohnens wie folgt festgelegt:

- Stammparkplätze: 0,7 für Wohnungen  
0,5 für ausgewiesene Alterswohnungen
- Besucherparkplätze 0,3 für alle Wohnungen

Die genaue Zahl der Parkplätze und deren Anordnung sind jeweils im Rahmen des Baugesuchverfahrens zu ermitteln, planlich festzulegen bzw. auszuweisen.“ Streichen möchten wir den folgenden Teil: „Wenn sich später beim Betrieb der Einstellhalle der effektive Bedarf geringer herausstellt, dürfen mit Zustimmung der Gemeinde Einstellhallenplätze weitervermietet oder veräussert werden.“

**Florian Spiegel**, Präsident: Dem Antrag der KBU steht dem Antrag der Gemeinderat gegenüber, damit man dies belässt wie im Reglement.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte noch etwas zur Unterstützung der Anträge der KBU sagen. Es wurde vorhin gesagt, man müsse quasi die Parkplätze, welche gebaut werden, müsse man den Mietern, aktuellen oder allfällig späteren, vorbehalten. Dazu muss man einfach sagen, es gibt in Allschwil jederzeit Parkplätze zu mieten in diversen Einstellhallen. Wenn es so wäre, wie der Gemeinderat sagt, dass diese baurechtlich alle zweckgebunden sein müssen ausschliesslich für die jeweiligen Mieter der betreffenden Überbauung oder, bei den Besucherparkplätzen ist es klar, aber auch bei den Stammparkplätzen. Wenn da tatsächlich die Zweckbestimmung / Zweckbindung gelten würde, dann dürften es gar nirgends solche Plätze zu mieten geben. Es ist ein bisschen verlogen, wenn man sagt, das sei absolut nötig. Wenn das eine Vorschrift ist, die man als Gemeinde doch gar nicht ernst nimmt und auch gar nicht durchsetzen kann.

**Florian Spiegel**, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit stelle ich diese beiden Anträge einander gegenüber. Wer dem Antrag der KBU zustimmen möchte, soll

---

dies mit Karte bezeugen. Auszählen! Wer dem Antrag des Gemeinderats zustimmt, sprich belassen wie im Reglement, der soll das jetzt mit Karte bezeugen! Ebenfalls auszählen! Enthaltungen?

://:

Sie haben dem Antrag der KBU mit 24 Stimmen stattgegeben, dem Gegenantrag des Gemeinderates mit 7 bei 1 Enthaltung.

**Christian Kellermann**, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Punkte zu § 6?

**Andreas Bärtsch**, KBU-Präsident: Merci. Wir hätten noch § 6 d, der die Kommission Bau- und Umwelt zusätzlich drin haben möchte, der lautet: „Für die Nutzung der Parkplätze ist die Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz (RBV) massgebend.“

**Florian Spiegel**, Präsident: Herr Bärtsch, ich frage schnell an, damit es keine Verwirrung gibt. Aktuell gibt es im Reglement bereits ein d. Ich gehe davon aus, dass dies also im Fall des Antrags der Kommission ein e wäre? Ja, gut so. In diesem Fall kommen wir zur Abstimmung....

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe das auch erst jetzt gesehen, dass wir uns da verhasen haben bezüglich litera. Ich möchte dazu aber noch einen abweichenden Antrag stellen, muss dieser aber nicht auflegen, weil da geht es nur darum, dass man diese Bestimmung, welche die Kommission nun als lit. d vorschlägt, bzw. richtigerweise als lit. e, anstelle lit. b macht. Also, mein Antrag ist, dass diese Bestimmung über die Besucherparkplätze durch den Verweis auf die Verordnung zum RBV ersetzt wird. Weil dort ja die Regelung der Besucherparkplätze drin steht, ist diese Regelung damit auch materiell im Quartierplan drin. Es kann niemand sagen, es sei irgend etwas Abweichendes vom kantonalen Recht drin und man hat aber den Vorteil, dass auch in diesem Punkt, wenn das kantonale Recht irgendwie angepasst würde, dies dann auch für den Quartierplan gilt.

**Florian Spiegel**, Präsident: Habe ich das richtig verstanden? Sie möchten, dass der Antrag der KBU unter lit. b aufgeführt wird?

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, anstelle von b.

**Florian Spiegel**, Präsident: Wenn das so ist, müsste dem der Kommissionspräsident zustimmen, weil sonst müsste ich zweimal abstimmen lassen. Also, der Kommissionspräsident möchte zwei Abstimmungen. Demnach stimme ich zuerst über die Aufnahme des Antrags und danach über die Platzierung über lit. b oder als ergänzend als lit. e. Ich frage den Rat an, ob er dem Antrag der KBU zustimmen möchte „Für die Nutzung der Parkplätze ist die Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz (RBV) massgebend.“ Wer diese Änderung und dem Antrag der KBU zustimmen möchte, soll das mit Karte bezeugen! Bitte auszählen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben dem Antrag der KBU stattgegeben mit 24 Ja, bei 0 Nein und 8 Enthaltungen.

Nun frage ich den Einwohnerrat an, wer der Platzierung dieses Antrags als lit. b zustimmen will, der soll das bitte mit Kartenheben bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://: Sie haben diesem Antrag mehrheitlich mit 9 Enthaltungen stattgegeben.

Nun hat noch Christian Kellermann als Antragsteller das Wort.

**Christian Kellermann**, CVP-Fraktion: Unter diesem Paragraphen haben wir einen Vorstoss eingereicht. Dieser verlangt eine sichere Fussgängerüberquerung der Spitzwaldstrasse zwischen Kindergarten Langenhag und Quartierplan Sturzenegger. Im Kommissionsbericht ist erwähnt, dass eine Querung mit Mittelinsel weiterhin zu berücksichtigen ist. Das war für die CVP zu wenig. Wir wollten es im Quartierplan gesichert geschrieben haben. In der Zwischenzeit wurden wir aber aufgeklärt, dass der Quartierplanperimeter in kleinen roten Punkten dargestellt vor dem Trottoir aufhört und die ganze Strasse inklusive den Parkplätzen mit der Baumgruppe nicht zum Quartierplan gehört und daher auch die Planung der Fussgängerquerung kein Bestandteil des Quartierplans sein kann. Die Bauverwaltung hat uns versichert, dass in der Planung der Lärmsanierung der Spitzwaldstrasse im 2020 auch die Fussgängerüberquerungsplanung berücksichtigt wird. Wir vertrauen dieser Aussage und ziehen daher unseren Antrag zurück.

**Florian Spiegel**, Präsident: Vielen Dank Herr Kellermann. Damit wurde der Antrag der CVP-Fraktion zurückgezogen und der 2. Vizepräsident fährt mit der zweiten Lesung weiter.

§ 7 Ver- und Entsorgung, Seite 9

**Andreas Bärtsch**, KBU-Präsident: Herzlichen Dank. Da hätten wir eben noch unter Abs. 4 die Ergänzung zum bestehenden Text, der da lautet: „Betreffend der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung sind die gesetzlichen Bestimmungen und die entsprechenden Reglemente der Gemeinde massgebend.“ Wir möchten noch den Zusatz: „Zusätzlich soll nebst dem Warmwasser auch das Kaltwasser verbraucherorientiert erfasst werden.“

**Florian Spiegel**, Präsident: Herzlichen Dank. Es liegt somit ein Antrag der KBU vor. Der Gemeinderat möchte diesen nicht zusätzlich im Reglement. Somit stelle ich den Antrag dem aktuellen Wortlaut gegenüber.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Ich würde noch gerne zu diesem zweiten Antrag Stellung nehmen, bezüglich zusätzlich soll neben dem Warm- auch das Kaltwasser verbraucherorientiert erfasst werden. Wie ich es schon letztes Mal angedeutet habe, ist es sicher spannend. Aber die Frage ist, was ist der Zweck und Sinn dahinter. Spannend ist es sicher für die Statistik. Da könnte man neu den Verbrauch erkennen. Aber was ist der Sinn. Der Sinn, Wasserverbrauch zu senken z.B.? Na ja. Seit den 80er-Jahren nimmt der Wasserverbrauch in den Haushalten von Jahr zu Jahr ab. An was liegt das? Am Wasserzins? Ich glaube nicht. Den haben wir sogar in Allschwil erst gerade letztens gesenkt. Vielleicht wisst ihr, rund ein Drittel des privaten Wasserverbrauchs ist die WC-Spülung. Was hat sich dort Bahnbrechendes geändert? Seit damals hat man nicht mehr nur einen Knopf sondern zwei. Das ist der Grund, weshalb man Wasser spart. Ich glaube keiner von uns hier kann sagen oder meinen, er überlege sich bevor er das kleine oder grosse Knöpfchen drückt, ob er vielleicht 3 Rappen oder noch weniger mehr bezahlen möchte für diese Spülung oder nicht. Deshalb frage ich, macht das wirklich Sinn. Der Gemeinderat hat es vorhin gesagt, wenn es wirklich um den Wasserverbrauch geht, den man angehen möchte, dann macht es Sinn, wenn man es global im Abwasserreglement resp. im Frischwasser- und Wasserreglement in Allschwil angeht. Aber sonst macht es keinen Sinn. Der einzige Sinn, den es vielleicht macht, ist, man möchte das Kleingewerbe ein bisschen motivieren oder fördern, indem der Sanitär nun noch etwas mehr in Rechnung stellt. Weil genau diese Grundgebühr fällt jährlich an, der vom Gemeinderat erhoben wird. Es macht dementsprechend für uns gar keinen Sinn, wenn das der Anreiz sein soll. Dann gehen wir es besser global an. Das ist wieder so ein Antrag, bei dem ich sagen muss, war gut gemeint, aber ich glaube am Ziel vorbeigeschossen. Deshalb möchte ich noch einmal beliebt machen, den Antrag nicht zu unterstützen. Besten Dank.

**Andreas Bärtsch**, KBU-Präsident: Herzlichen Dank. Also ob man 3 Rappen braucht oder nicht, es gibt ein anderes Beispiel, und da sind wir wieder bei der Statistik der Plastiksäcke. Der Nachweis ist erbracht, dass die Nutzung der Gratissäcke in Migros, Coop und wie sie alle heissen, signifikant zurück ging, seitdem man dafür 5 Rappen bezahlen muss. Man kann nun auch sagen, ja 5 Rappen, was sind das schon. Es geht nicht darum, ob man 20, 30 oder 40 Franken spart, sondern es geht darum, die Leute dazu zu erziehen, dass sie weniger Wasser verbrauchen und das kann man mit solchen Massnahmen erreichen.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Entschuldigung, wenn ich noch einmal vorstellig werde. Ich finde das ein ganz schlechtes Beispiel. Von etwas, das nichts gekostet hat, verlangt man etwas. Aber es kostet jetzt. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe keine Ahnung, was das Wasser bei mir kostet, wenn ich das per Monat bezahle. Das ist so ein kleiner Betrag, ich weiss es nicht auswendig. Und ob das jetzt ein bisschen mehr kostet oder nicht, ich finde es ein bisschen vermessen, wenn man jetzt sagt, es ist etwas Wichtiges, weil die Ráppli kosten. Der Einwohnerrat senkte den Wasserzins von 1.30 auf 1.10. Da hätte man dem Einwohnerrat sagen müssen, wenn es uns ums Wassersparen gegangen wäre, und es so ein signifikanter Unterschied ausmachen würde, dann hätte man das sicher nicht coutiert. Besten Dank.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich möchte nochmals nachdoppeln. Es ist tatsächlich eine Ungleichbehandlung. Der Gemeinderat ist in erster Linie wegen dieser Ungleichbehandlung dagegen, dass man diesen Antrag - bestimmt hat der seinen Sinn, dass er einen Anreiz schafft - aber warum, ausgerechnet eine öffentliche Körperschaft wie die Bürgergemeinde, warum sollen wir sie dazu „verknurren“, dass sie überall eine zusätzliche Installation machen muss. Warum schaltet man in einer Überbauung, in welcher 40 Ergänzungsleistungs-Wohnungen sind, warum schaltet man ausgerechnet



dort das aus und warum hat man das nicht in anderen Parks gemacht, in welchen z.B. Eigentumswohnungen sind, wo Leute drin wohnen, die diese paar Rappen tatsächlich sparen können? Die Gemeinde Allschwil liefert 1'000 Liter für 1 Franken 10, glaube ich ist der aktuelle Wasserpreis. Das ist konkurrenzlos billig. Wenn man nun die Installationen jetzt künstlich verteuert, dann schraubt man die Ergänzungsleistungs-Wohnungen und die Überbauung unseres Partners, der Bürgergemeinde, auch noch einmal künstlich rauf, nicht um viel, aber man schraubt sie ein bisschen hoch. Dem Gemeinderat geht es ein Stück weit um ein Zeichen, dass man sagt, nein, nicht jetzt, nicht hier, nicht auf einem Punkt, sondern wirklich: gehen wir dieses Problem an, indem wir das Wasserreglement anpassen. Es sind ganz bestimmte gute Ideen hier, wie man den Wasserbrauch noch mehr senken könnte, so dass wir auch tatsächlich das Gebot der Nachhaltigkeit, das heute ja tatsächlich vorhanden ist, auch wirklich umsetzen kann. Aber jetzt, in einer Überbauung mit diesen wenigen Wohnungen, ist für den Gemeinderat ein bisschen wie das Kind mit dem Bad ausgeschüttet.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Wir von der SVP sind grundsätzlich gegen jegliche Art von unnötigen Einschränkungen, von Messungen, von Regelungen, von Kontrollen. Es soll doch jeder selber entscheiden, ob er Wasser sparen will oder ob er das nicht will. Dankeschön.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Bei mir ist es schon auch so, wie bei Dir, Etienne, dass ich die Wasserrechnung, den Betrag, nicht gross anschau. Aber, was ich genau anschau, das ist der Wasserverbrauch. Weil das interessiert mich, und wenn er höher ist, mache ich mir wirklich Gedanken, weshalb habe ich im letzten Jahr mehr Wasser verbraucht. Ich denke, wir sollten alle daran denken, dass wir Wasser sparen können. Wenn es dann jeder einzelne sieht, kann das wirklich dazu beitragen.

**Andreas Bärtsch**, Präsident KBU: Herzlichen Dank. Was ich auch noch ganz klar feststelle ist, die Kommission hat beschlossen, dass sie das bei jedem zukünftigen Quartierplan rein nehmen will. Selbstverständlich, wenn der Einwohnerrat nun sagt, er möchte das nicht, dann ist das etwas anderes, aber wenn wir heute hier beschliessen, dass man die Kaltwassermessung in diesem Quartierplan drin haben möchte, dann wird das bei den zukünftigen Quartierplänen, wenn es nicht von der Verwaltung oder vom Gemeinderat rein genommen wird, wird es von der Kommission Bau und Umwelt rein genommen.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe nicht so viel Verständnis für das Argument, es ginge hier um eine Ungleichbehandlung von verschiedenen Bauherren. Zum Einen ist es so, dass man ganz formell den Vertrag Quartierplan mit uns selber, mit der Gemeinde als Verkäuferin dieser Parzelle, welche an die Bürgergemeinde gehen soll, abschliessen. Wenn das tatsächlich ein Problem wäre, dann könnte das die Bürgergemeinde noch thematisieren. Aber ich glaube nicht, dass es eines ist, weil wir wissen, dass die Kosten für diese Kaltwasserzähler bei einem Neubau vernachlässigbar sind. Zum Anderen, wir haben in diesem § 7 dieses Quartierplanreglements durchaus auch diverse andere Vorschriften, welche über das Minimum hinausgehen. Da könnte man genauso sagen, das sei eine Ungleichbehandlung der Bauherren. Aber das machen wir nicht, weil wir wollen ja ganz bewusst, dass im Rahmen eines Quartierplans ein bisschen darüber hinaus geht, was das gesetzliche Minimum ist, weil man hier die nötige Gestaltungsmöglichkeit haben und wir können ein bisschen bei den Quartierplänen Vorreiter spielen. Und das kann man nun hier machen, mit den Kaltwasserzählern. Dankeschön.

**Andreas Lavicka**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kollegen, Dankeschön viel mal. Ein Thema, das noch nicht angesprochen wurde, ist die Fairness einer Abrechnung. Wenn zwei gleich grosse Wohnungen nebeneinander sind und nebenan duscht jemand oder braucht viel mehr Kaltwasser, dann wird dies momentan nur über Quadratmeter abgerechnet. Ich habe jahrelang Heizkostenabrechnungen gemacht, da gibt es nun mal Unterschiede. Je mehr man verbrauchsabhängig misst, desto besser.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Das Argument von Andreas Bärtsch vorher hat auch gerade in diese Richtung gestossen. Wir haben es eben nur bei den Quartierplänen. Alle anderen Bauherren, also wenn jemand z.B. in der Stränge ein recht grosses Haus baut und noch Geld übrig hat für ein Bassin, welches pro Jahr so und so viel Wasser benötigt, dann muss er dies nicht separat messen lassen. Wenn er eine Überbauung macht, bei der mehrere Leute dieses Bassin benutzen können, dann ist dies genau die gleiche Ungerechtigkeit. Warum sollte man jetzt bei unserem Partner, der Bürgergemeinde, warum sollte man ausgerechnet hier ein Exempel statuieren? Das ist auch gleichzeitig das, was ich Matthias Häuptli antworten möchte. .... Habe den Faden verloren ...

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich unterstütze den Antrag der Kommission. Von der Wirkung her habe ich ein grosses Einverständnis mit dem, was Kathrin Gürtler

---

sagte. Wegen des Vorgehens: Bekanntlich beginnt der Fortschritt nicht flächendeckend an, sondern mit guten Beispielen. Das ist meine Lebenserfahrung.

**Florian Spiegel**, Präsident: Christoph Morat, kann ich Ihnen noch einmal das Wort erteilen? Nein, dann kommen wir nochmals zur Abstimmung. Wer dem Antrag der KBU für die Einführung von „Zusätzlich soll nebst dem Warmwasser auch das Kaltwasser verbraucherorientiert erfasst werden.“ zustimmen will, soll dies jetzt mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben dem Antrag der KBU bei 16 Ja, zu 13 Nein, bei 3 Enthaltungen stattgegeben.

Wir fahren weiter mit der abschnittswisen Beratung.

§ 8 Lärmschutz, Seite 10

keine Wortmeldung

§ 9 Realisierung und QP-Vertrag, Seite 10

keine Wortmeldung

§ 10 Abweichungen und Ausnahmen, Seite 11

keine Wortmeldung

§ 11 Schlussbestimmungen, Seite 12

keine Wortmeldung

Beschlüsse, Seite 13

keine Wortmeldung

**Florian Spiegel**, Präsident: Somit wäre die Lesung des Reglements beendet. Wir kommen noch zur Lesung oder Beratung des Quartierplans. Der 2. Vizepräsident **Niklaus Morat** ruft zum Quartierplan auf.

Quartierplan

keine Wortmeldung

**Florian Spiegel**, Präsident: Damit ist auch die Lesung des Quartierplans in zweiter Lesung abgeschlossen. Somit kommen wir zu den Anträgen des Gemeinderates von Seite 11 des Berichts.

Anträge des Gemeinderats:

1. Die Quartierplanung Sturzenegger bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement wird zugestimmt. Sie wird dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll dies bitte mit Karte bezeugen. Ich bitte um Auszählung. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben dem Antrag des Gemeinderats mit 31 Ja, bei 0 Nein und 2 Enthaltungen stattgegeben.

Wir kommen zum 2. Antrag des Gemeinderats. Diesem liegt ein Antrag der KBU gegenüber. Ich lese beide Anträge vor: Antrag Gemeinderat, 2.: Die öffentliche Urkunde betreffend Quartierplanvertrag wird zur Kenntnis genommen. Antrag KBU, 2.: Die öffentliche Urkunde betreffend Quartierplanvertrag wird mit der folgenden Empfehlung zur Kenntnis genommen: Unter Punkt 4.2 Realisierungskosten sind die Baumarten und die Baumgrösse bei der Bepflanzung zu definieren.

Ich stelle diese beiden Anträgen einander gegenüber. Wer dem Antrag des Gemeinderats folgen möchte, soll dies jetzt mit Karte bezeugen.

Wer dem Antrag der KBU folgen möchte, soll dies jetzt mit Karte bezeugen. Enthaltungen?

://:

Nun stimmt's. Sie haben dem Antrag der KBU stattgegeben mit 25 : 2 Anträge Gemeinderat bei 5 Enthaltungen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Somit kommen wir zur Schlussabstimmung. Wer dieses Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, soll dies bitte mit Karte bekunden. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben diesem Geschäft einstimmig mit 1 Enthaltung zugestimmt.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 3**

Bericht des Gemeinderates vom 25.09.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 20.10.2019, betreffend Umgestaltung Lindenplatz  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4479 / A

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat, ist Eintreten bestritten. Das scheint nicht der Fall zu sein. Für die Ausführung hat das Wort zuerst KBU-Präsident Andreas Bärtsch.

**Andreas Bärtsch**, Präsident KBU: Sehr geehrter Präsident, herzlichen Dank fürs Wort. Das Positive gleich vornweg: die Kommission Bau und Umwelt folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig. Der Lindenplatz beschäftigt uns und die politischen Gremien, die Bevölkerung und Verwaltung sind nunmehr seit sechs Jahren. Unter anderem ist in dieser Zeit aus dem Einwohnerrat eine Spezialkommission einberufen worden, die versucht hatte, die wesentlichen Punkte bereits im Vorfeld oder Leitschranken festzulegen. Auch wurde eine Studienauftrag mit drei Teams durchgeführt, aus welchem das Landschaftsarchitekturbüro META aus Basel siegreich hervorging, über deren Projekt wir jetzt in der heutigen Einwohnerratssitzung verhandeln. Die Kommission hat in einer Sitzung unter den kundigen Auskünften des Gemeinderats Robert Vogt, des Bereichsleiters Adrian Landmesser und Projektleiters Jan Bachofer behandelt. Ich möchte ganz kurz auf die folgenden, kritischen Punkte eingehen. Bei der Planung war aus den abgegebenen Unterlagen nicht klar ersichtlich, wie der Planungsablauf auf der Terminachse vonstatten gehen sollte. Wie das Nachfragen der Kommission bei den Projektverfassern oder Projektleitern auf der Gemeinde zeigte, ist ein korrekter und phasengerechter Terminplan vorhanden und es gibt genügend Zeit für die wichtige Phase im Projekt vorhanden. Die Funktion: Der Lindenplatz soll nicht so wie heute in Zukunft mehrere Funktionen erfüllen können. Er soll, das ist er heute schon, ein Treffpunkt und ein Verkehrsknotenpunkt sein, soll auch als Spiel- und Erholungsraum dienen. Aber er soll auch zukünftig Platz bieten, damit man mit einem Markt, mit Bühne oder mit Zuschauerflächen bespielen kann. Die KBU begrüsst diese grosse, breite Nutzungsvielfalt und erkennt darin eine Chance, dass der Platz zukünftig von unterschiedlichen Gruppen aktiv genutzt werden kann. Das Vegetationskonzept: Man ist darauf bedacht, dass man die markanten, bestehenden Bäume belässt und zusätzlich mit einheimischen Baumarten erweitert. Der neue Lindenplatz wird durch einen Baumkranz eingefasst. Auf den Boden mit neuer Vegetation, so wie diese heute vorhanden ist, wird aufgrund der gewünschten Nutzungsflexibilität in Zukunft verzichtet. Verkehrskonzept: Man möchte als erster Raum in Allschwil eine

---

---

Tempozone einführen. In der Tempozone steht der Langsamverkehr also der Fussgänger an erster Stelle und hat uneingeschränkten Vortritt vor dem nicht-motorisierten und motorisierten Verkehr auf der ganzen Fläche. Wie dies in der überparteilichen Spezialkommission bereits beschlossen wurde, hat man definiert, dass die Lindenplatzstrasse für den Durchgangsverkehr geschlossen wird, so dass man sie auch anderweitig bespielen kann. Die Kommission begrüsst das Verkehrskonzept und erkennt darin, dass die Möglichkeit besteht, den Strassenraum bei Bedarf einfach dem Platz zuzuschlagen, indem man die Tempo 20-Zone umsetzt. Das Parkierungskonzept: Die Lindenplatzstrasse entlang werden die bestehenden Parkplätze aufgehoben und so wird der Platz zu den Häusern hin noch vergrössert. Die Parkierung wird entlang der Lindenstrasse, das ist vor Migros und Coop, auf der Platzaussenseite angeordnet und es gibt zusätzliche Parkplätze, bei der die Parkierung besser erschlossen wird, vor dem heutigen Migros. Auf dem Lindenplatz werden Parkplätze zukünftig als Kurzzeitparkplätze ausgestattet, was die Leistung des Parkplatzangebotes steigern wird. Grundsätzlich kann die KBU diesem Konzept zustimmen. Aus der Sicht der Kommission ist aber zwingend darauf zu achten, dass diese konforme Nutzung der Parkplätze und auch gesteuert wird. Das Entsorgungskonzept: Nebst der zentral gelegenen Wertstoffsammelstelle ist auch ein Entsorgungskonzept für Abfälle auf dem Platz geplant. Das war im Bericht an den Einwohnerrat nicht definiert. Wie durch Nachfrage der Kommission zu erfahren war, möchte die Gemeinde hier dieselben Abfalleimer oder dasselbe Konzept wie es bis jetzt in Allschwil vorhanden ist, umsetzen. Also nichts Spezielles oder Neues planen. Bebauung: Die Bebauung besteht auf dem zukünftigen Platz aus einem Kiosk und Trafogebäude sowie aus einem Brunnen. Aus Sicht der Kommission macht die Neusetzung des Kioskgebäudes auf dem Platz durchaus Sinn. Im Rahmen der Kommissionssitzung wurde diese Verschiebung des Trafo- und Kioskgebäudes noch einmal vertieft angeschaut, aber wir können voll hinter dieser Versetzung des Gebäudes stehen, nicht nur voll sondern sogar einstimmig. Wir erachten die daraus entstehenden Mehrkosten als gerechtfertigt. Der Unterhalt: Wie uns der Betrieb versicherte, sind mit der heutigen Planung des Platzes rund 20 bis 25 % der heutigen Unterhaltskosten einzusparen. Zu den Kosten: Die Kommission vertritt die Ansicht, dass die 3,14 Mio. Franken dem abgebildeten Planungsstand entsprechen. Nach Abzug der bereits zugesprochenen Beträge beläuft sich somit die Investitionssumme für die Gemeinde auf 2,08 Mio. Franken. Aus der Sicht der Kommission ist die Kostengenauigkeit aufgrund der vorhandenen Planungstiefe mit plus/minus 10 % gerechtfertigt, auch wenn es sich noch um ein Vorprojekt handelt. Wie schon eingangs erwähnt, empfiehlt die Kommission Bau und Umwelt dem Einwohnerrat einstimmig, den Anträgen des Gemeinderates ohne Korrekturen zu folgen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Florian Spiegel**, Präsident: Herzlichen Dank. Das Wort hat Gemeinderat Robert Vogt.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Vielen Dank, geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Nachdem Herr Bärtsch bereits sehr ausführlich technisch berichtet hat, würde ich Ihnen gerne ein paar Hintergrundinformationen geben. Der Lindenplatz ist einer der wichtigsten Plätze in Allschwil und wir hatten bereits im Jahr 2005, als ich selber in den Gemeinderat eingetreten bin, Pläne über die Umgestaltung des Dorfplatzes. Damals war aber noch die politische Meinung, dass man diesen Platz in der jetzigen Form behalten soll. Es hat sich aber in den letzten Jahren gezeigt, dass es doch Reklamationen gab über die fehlende Aufenthaltsqualität, über die Kleinteiligkeit, dass der Platz nur schwer durchquert werden kann, dass kein öffentliches WC vorhanden ist, dass die Hecken und das Tramhüsli bereits schlecht einsehbar machen, in denen sich Leute unflätig verhalten und sich verstecken können. Das haben wir alles entgegen genommen, und es ist schlussendlich auch in der Petition von 2013 dem Gemeinderat überreicht. Darin standen klare sechs Punkte, sechs Forderungen, was soll mit diesem Platz neu gemacht werden. Damit der Gemeinderat dies nicht im Stillen Kämmerlein machen musste, wurden diese erwähnten Organisationen wie Spezialkommission einbezogen, es gab Anhörungen vor Ort, es wurden Eigentümer befragt, wurden sehr viele kommunikative Massnahmen ergriffen. Derart lang dauerte es also deshalb, weil wir viele Meinungen abgeholt haben. Geschätzte Damen und Herren, Sie können es mir glauben, es waren sehr divergierende Meinungen und wir haben uns dann mit dem Studienauftrag entschieden, aus drei Lösungsvarianten eine auszuwählen. Nun bin ich stolz, dass wir Ihnen heute mit dem Kreditantrag, den Sie genehmigen sollten, eine Lösung präsentieren können, welcher erstens mal erfüllt, dass der Platz viel offener wirkt, einladender wird, und wir gehen davon aus, dass dieser Platz stärker benutzt werden wird als bisher. Wir werden auch ein öffentliches WC haben, einen begehbaren Kiosk, wir werden diverse Spielmöglichkeiten haben von Pétangue, Tischtennis über die Schaukel, den Sandkasten und auch so ein Geländespiel, welches von allen Generationen nutzbar ist. Mit diesen grossen Vorteilen, ich kann nicht alle aufzählen, da kommt mir noch so spontan in den Sinn, dass wir viel mehr Bäume haben werden als vorher, 50 % mehr Bäume. Wir werden auch eine Spielstrasse einrichten. Deshalb bin ich der Meinung, können wir diesem Kredit heute getrost zustimmen, weil die Vorteile überwiegen ganz klar und meiner Meinung nach ist der Betrag, den wir investieren wollen, auch sehr gerechtfertigt. Wir können sogar damit rechnen, dass es viele Förderbeiträge retour gibt und damit wird auch ein grosser Wunsch der Spezialkommission erfüllt, dass

---

nämlich am Schluss netto der Platz in etwa 2 Mio. Franken kosten. Auf dieses Resultat bin ich auch sehr stolz.

**Florian Spiegel**, Präsident: Die allgemeine Beratung ist somit eröffnet.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nicht mehr all zu lang werden, es dauerte wirklich lang, bis wir jetzt an diesem Punkt angelangt sind. Ich habe extrem grosse Freude, dass wir heute dieses Geschäft behandeln können. Der Lindenplatz hat für Neuallschwil eine sehr grosse Bedeutung. Mit dem vorliegenden Projekt kann man nun auch die nötige Bedeutung des Platzes stärken. Der partizipative Prozess, der erwähnt wurde, war sehr intensiv, es wurde viel diskutiert, gefeilscht und zum Schluss haben alle von ihren eigenen Forderungen das eine oder andere über Bord geworfen. So ist das Projekt dann entstanden. Toll ist auch, dass viele von diesen Ideen aus der Petition berücksichtigt werden konnten. Ich möchte an diesem Punkt einfach allen, welche über diese lange Zeit dran geblieben sind und gearbeitet haben und geschaut haben, dass es vorwärts geht, herzlich danken. Auch allen auf der Verwaltung. Wenn wir nun auch das Projekt im Zug der Baslerstrasse sanieren können, können wir auch die Synergien nutzen, welche sich daraus ergeben könnten, insbesondere auch jene aus der Verlegung des Kiosks. Deshalb bitte ich und auch die Fraktion der SP, dass Ihr den Anträgen des Gemeinderates zustimmt.

**Roman Hintermeister**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Wir von der FDP-Fraktion bedanken uns bei allen involvierten Personen, welche für dieses gelungene Projekt Einsatz gezeigt haben und wir freuen uns auf die Aufwertung des Lindenplatzes. Wir werden sämtlichen Anträgen des Gemeinderates folgen. Besten Dank.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Auch wir bedanken uns bei allen Beteiligten für die tolle Arbeit der letzten Jahre für das, was jetzt entstanden ist. Die Lösung ist soweit auch finanziell tragbar. Es sind ja knapp über 2 Mio., wie Gemeinderat Vogt vorhin bereits gesagt hat. Aber trotzdem darf man Eines nicht vergessen, wir bewilligen gleichzeitig eine Kostengenaugigkeit von +/- 10 %. Sowie allfällige Baukostenteuerung. Diese Teuerung kann man ja vernachlässigen, wenn's ganz schlecht kommt, kann es sein, dass wir 300'000 Franken darüber liegen. Wenn wir noch die 70' bis 80'000 noch dazu nehmen, sind wir summa sumarum bei ca. 400'000 darüber, was dann doch etwas viel wäre. Wir hoffen, dass dies nicht geschieht. In dieser Phase des Projekts kann man grundsätzlich nicht viel daran ändern, aber dieser Punkt müssten wir im Einwohnerrat im Hinterkopf behalten für die nächsten Projekt, für die nächste Investition. Soweit, auch wir, die SVP-Fraktion, werden den Anträgen des Gemeinderates folgen. Dankeschön.

**Rolf Adam**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Auch wir von der CVP möchten dieser Arbeitsgruppe ganz herzlich danken. Ich insbesondere auch noch im Auftrag der Kinder- und Jugendkommission. Wir durften dieses Projekt auch miterleben, unsere Einwände vorbringen, Vorschläge einbringen. Man war sehr transparent. Herzlichen Dank auch an den Projektleiter Jan Bachofer, er hat uns das wirklich von A - Z erklärt und wir konnten uns mit der Sache auseinandersetzen. Es muss sagen, es ist ein gutes Projekt und ich glaube, das ist es auch für alle. Es ist umsetzbar. Dankeschön vielmals.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Mehrheit der Fraktion EVP/GLP/Grüne ist von diesem Projekt überzeugt. Wir finden die neue Platzierung des Kiosks bestechend. Das ist auch der Grund, weshalb wir relativ schnell handeln müssen im Zusammenhang mit der ganzen Umgestaltung der Baslerstrasse. Die Gestaltung der Verkehrsflächen bietet einen wirklichen Mehrwert und eine grosszügige Raumwirkung. Wir sind uns aber auch bewusst, dass mit diesem Projekt ein Pärkli zu einem urbanen Platz wird. Dies ist auch der Grund, weshalb eine Minderheit gewisse Vorbehalte hat gegenüber der Gestaltung, die man etwas nüchtern empfindet. Wie gesagt, die Mehrheit ist überzeugt, dass an diesem Ort, der auch gut frequentiert ist, schon heute, der stadtnah ist, dass dies die richtige Lösung ist und dass der Platz aufgewertet wird und eine Identität für Neuallschwil schafft. Wir finden das gut und begrüssen die Vorlage.

**Ursula Krieger**, AVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir von der AVP haben natürlich dieses Projekt auch diskutiert und ich konstatiere, dass hier eine grosse Zustimmung dazu besteht. Aber wir hatten allerdings in der Diskussion natürlich schon auch, das möchte ich hier festhalten, ein bisschen unsere Zweifel. Zum Beispiel auf die Wirkung, die so ein Merkelplatz und die Kühle, die er ausstrahlt, haben wird. Das werden wir halt dann sehen, da sind wir nicht so ganz davon überzeugt. Auch beim Wegfall der Parkplätze werden wir sehen, wie es sich auf das Gewerbe auswirken wird. Aber wir nehmen zur Kenntnis, dass es auch ganz viele positive Aspekte hat. Der Kiosk und die neuen Spielsachen etc.

---

finden wir eigentlich alles gut. Aber eben, vorbehalten Parkplätze, vorbehalten Belag... wir werden es sehen. Wir werden dem ebenfalls zustimmen. Dankeschön.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dankeschön, geschätzte Anwesende. Zwei Vorbemerkungen: Wie es sich bereits herausgestellt hat, ich rede nicht im Namen der Fraktion und auch nicht im Namen der Partei. Ich sage meine persönliche Meinung. Ich erlaube mir das. Zweitens, der Lindenplatz ist für mich ein sehr wichtiger Ort im Lebensraum Allschwil. Ein Beleg dafür ist, als Telebasel mich zum Flugverkehr interviewen wollte, ging ich zum Lindenplatz. Damit habe ich gezeigt, das ist ein wichtiger Ort. Mein Herz sagt Nein zur Dimension des Projekts und zur Machart. Mein Kopf sagt, enthalte dich deiner Stimme. Ich darf das noch kurz begründen. Ich würde das Grüne, die Bäume und die Wiese mehr oder weniger so belassen wie es jetzt ist. Wir brauchen Grünoasen, künftig. Wirklich wirksame Grünoasen. Ich würde es ein bisschen nutzerfreundlicher gestalten und auch ästhetisch optimieren, so wie es sich die Anwohner - ich habe übrigens viele Interviews gemacht mit Anwohnern, war etwa drei Mal eine halbe Stunde auf dem Lindenplatz und habe Nutzer gefragt - also so wie es mir auch die Nutzer gesagt haben, nutzerfreundlicher machen und ästhetisch optimieren. Was ich sehr gut finde, ist die Neuplatzierung des Kiosks und vor allem inkl. WC, das muss man unbedingt tun. Was mir ebenfalls gefällt, ist das neue Verkehrsregime. Damit habe ich gar keine Probleme. Das ist gut. Ich habe noch zwei Punkte, die mir zukunftsorientiert sehr wichtig und nach wie vor sehr wichtig sind. Erstens würde ich bei der Realisierung des Lindenplatzes auch Anwohnerinnen und Anwohner noch einmal fragen, ob diese Dinge, die nun hier geplant sind, ihnen entsprechen. Es wurden nämlich seit 2014 gemäss meiner Recherche keine gewöhnlichen Anwohnerinnen und Anwohner gefragt. Zweitens würde ich bei der Umsetzung nachher, also wenn es ums Machen der Umgestaltung geht, Einwohner beteiligen. Das stärkt erfahrungsgemäss sehr die Identifikation und ist auch vorbeugend für die Art und Weise, wie nachher der Platz genutzt wird. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte noch zu diesem Punkt, vor allem dazu, dass es erstens ein Merkelbelag ist im Moment und dass der Platz halt noch etwas leer ist, noch zwei, drei Sachen sagen. Ich persönlich finde dieses Projekt auch toll, also, nein, vorausgeschickt muss man sagen, es ist auch ein wenig den Finanzen geschuldet, dass man sagte, wir wollen einen Platz, den man modular weiterentwickeln kann. Wir wollen einen Platz, der eben nicht fixfertig durchgestylt ist, sondern einen Platz, auf welchem man frei macht. Wie ich auch mal gesagt habe, es kommt mir dann vor wie eine Bühne, die man baut, auf welcher man nun spielen kann und schaut, was daraus entsteht und wie sie benutzt wird. Was mich sehr freute, ist dass die Marktkommission bereits überlegt, einen Wochenmarkt mit Frischprodukten zu organisieren, auf welchem man jede Woche frisches Gemüse kaufen kann. Da sind bereits Ideen da. Genau das ist's. Wenn man schon mal solche Räume schafft, entstehen plötzlich Ideen, wofür man das alles nutzen kann. Wichtig ist jetzt, dass man diesen Platz den Bewohnern mal übergibt, so wie er jetzt geplant ist. Dann muss man aber halt schauen und vielleicht nach zwei Jahren mal eine Umfrage machen, was wird noch zusätzlich benötigt, ist alles so wie es sollte. Jetzt aber können wir uns zeitlich keinen zusätzlichen partizipativen Prozess leisten, sondern können wir das nicht mehr mit der Baslerstrasse zusammen realisieren. Soviel dazu. Merci.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Dankeschön für diese Diskussion. Ich möchte einfach noch schnell die Argumente des Gemeinderats sagen. Jetzt für diese Phase Umsetzung möchten wir natürlich kein Mitspracherecht mehr einräumen. Sonst zerstören wir praktisch das Mitwirkungsverfahren. Sondern erst nach in Betriebnahme, wenn man sieht, wie es genutzt wird, dann würde man es wieder anschauen. Aber jetzt wollen wir es erst einmal im 2021 eröffnen.

**Mehmet Can**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Tut mir leid, ich höre nichts auf der einen Seite. Ich muss Ueli ein wenig Recht geben, man hat die Anwohner dort gar nicht gefragt. Ich finde grundsätzlich die Idee gut, bedingt gut. Man verzichtet auf diese Parkplätze, man verzichtet auf Gewerbe. Man hat vor ein paar Monaten, nicht all zu langer Zeit, hat man hier diskutiert, was es heisst, dass die ganzen Gewerbler aus Allschwil auswandern. Jetzt haben wir das Problem, dass dort beim Lindenplatz elf oder ich glaube 13 Parkplätze wegfallen. Es sind elf. Das ist am Lindenplatz. Jetzt kommt noch die Baslerstrasse noch dazu. Da werden auch einige Parkplätze wegfallen. Man soll das doch auch bitte berücksichtigen. Auf der anderen Seite: viele Anwohnerinnen und Anwohner wurden gar nicht angesprochen. Ich weiss, man hat sich melden können. Während die Sanierungsphase an der Lindenstrasse haben sich auch die einen oder anderen Unternehmer dagegen ausgesprochen, dass es eigentlich nicht gut ist. Man konnte auch vielleicht etwas an die Gemeinde oder Gemeinderat schreiben, man konnte sie ja auch auffordern, man soll das Ganze berücksichtigen. Klar, auf der einen Seite hat Coop seine eigenen Parkplätze, Migros hat seine eigenen Parkplätze, Allschwil Apotheke Lindenplatz hat seine eigenen Parkplätze. Aber wenn wir mal ganz ehrlich sind, all diese Parkplätze sind von fremden Leuten besetzt. Coop kann gar nicht nachweisen, ob ihre Parkplätze von eigenen Gästen bzw. der

---

Kundschaft benutzt wird. Migros genauso, und die Lindenplatz Apotheke hat genau dasselbe Problem. Wenn jemand schon mal um 9 Uhr morgens dort war, schnell mal zum Bäcker geht, ein Brötchen einkaufen, das wird in Zukunft nicht mehr der Fall sein. So. Dann haben wir genau gleich wieder Beizer, wir haben Coiffeurgeschäfte, wir haben Zahnärzte. Wir haben etwa +/- 50 Arbeitsplätze dort. Schnell mal etwas da planen und elf Parkplätze einfach mal mir nichts dir nichts wegschiessen? Ich sage es noch einmal: Idee und Planung ist nicht schlecht, aber bedingt. man darf das nicht vergessen. Aus diesem Grund ist meine persönliche Meinung: ich finde es nur bedingt gut.

**Pascale Uccella**, AVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte jetzt nicht über Parkplätze diskutieren. Ich bin auch Autofahrerin und ich habe keine Freude wegen der Parkplätze. Aber mir geht es um etwas ganz anderes. Und zwar bitte ich alle daran zu denken, wir haben draussen einen Platz beim Gartenhof. Er ist eine Katastrophe. Wir haben sehr viele Probleme. Schaut, dass der Lindenplatz nicht auch so wird und wir dieselben Reklamationen haben, wie wir sie hier haben, und dieselben Probleme dann plötzlich am Lindenplatz sind und am Gartenhof. Ich möchte einfach ein wenig hoffen. Dieser Bodenbelag finde ich eine Katastrophe, das ist ein anderes Thema. Einfach schauen, dass es nicht dasselbe Problem wird wie hier im Gartenhof.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Ich spreche jetzt einen ganz mutigen Satz: Grün ist nicht einfach grossartig. Ich sage es nicht politisch. Es geht ums Grün am Lindenplatz. Das Grün am Boden, der Rasen dort, ist sicher mehr als ein halbes Jahr nicht brauchbar. Wenn der Kleine dort rennt, hat der Grossvater einen Schreck. Sie werden ja schmutzig dort, man muss nachher Schuhe putzen. Man kann es nicht nutzen. Heute stand ganz gross in der Zeitung, die Städte heizen auf. Wir benötigen Bäume, wir brauchen grüne Korridore, die Schatten geben, die kühlen. Der Rasen kühlt nicht! Wir brauchen mehr Bäume. Das ist ein riesiges Projekt, was Robi vorhin auch sagte, Aufwertung im grünen Bereich oben. Ich denke jetzt ganz konkret an den Schützenmattpark, hinter dem alten Polizeiposten. Da haben wir auch so einen Merkelboden, und der wird benutzt. Senioren spielen dort Boule von Morgen bis Abend, auf der Bank haben sie eine Thermosflasche. Kinder testen ihre Fahrtensilien, wie es geht. Der Platz, der lebt und ringsum hat es Bäume und ist Schatten. Ich wünsche dem Lindenplatz eine tolle Zukunft und vor allem viel Schatten, viel Bewegung und eine kühle Atmosphäre. Dankeschön.

**Andreas Bärtsch**, Präsident KBU: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte zu zwei Sachen etwas sagen. Punkt 1: Dass man jetzt moniert, man hätte die Bevölkerung nicht mit einbezogen, finde ich gelinde gesagt, einfach grad frech. Ich glaube, man hat selten bei einem Projekt in Allschwil die Bevölkerung nicht mehr einbezogen als beim Lindenplatz. Es liegt glaub in der Sache, dass die direkten Anwohner am Lindenplatz mit der Umgestaltung nur bedingt Freude haben werden. Aber der Lindenplatz gehört nicht nur den direkten Anwohnern des Lindenplatz, sondern er gehört dem Quartier und ist ein wichtiger Platz für Allschwil, das haben wir eingangs auch schon gehört, und gehört somit auch dem Rest von Allschwil. Der 2. Punkt, zu welchem ich was sagen möchte, ist: Ich finde es gleich noch einmal frech, wenn man hier herein kommt und erzählt, man habe einfach mal elf Parkplätze gestrichen. Lest doch mal die Unterlagen, was dort drin steht. Wir haben nicht einfach elf Parkplätze gestrichen, sondern man hat eine Analyse gemacht, man hat Zählungen gemacht, man hat geschaut, wie viele Parkplätze hat es im Raum des Lindenplatzes. Man wird das Parkplatzregime ändern, man wird Kurzzeitparkplätze einführen, so dass, wie erwähnt wurde, kein Langzeitparkieren mehr möglich ist, sondern dass derjenige, der zum Beck ein Brötchen holen gehen will, dort hinfahren kann, wenn er das umsverworfen mit dem Auto tun muss - es ginge auch mit Velo oder zu Fuss - und dort sein Brötchen holen und nachher wieder wegfahren kann. Nicht aber, dass er dort drei oder vier Stunden parkiert und z.B. in die Stadt zum Einkaufen und auf dem Heimweg wieder zum Lindenplatz geht, um wiederum mit seinem Auto irgendwo hin fährt.

**Evelyn Roth**, CVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Ratskollegen. Ich wohne schon lange in Allschwil. Aber wir haben jetzt Jahre darauf gewartet, damit wir endlich auch eine Entsorgung dort erhalten. Die nächste zum Lindenplatz ist nämlich beim Altersheim. Ich kann euch sagen, jeder steigt ins Auto und fährt irgendwo hin und ladet das Glas. Und jetzt können wir wirklich, gehen wir in Migros, in Coop einkaufen, gleich das dort abgeben. Und das ganze Projekt, ich finde es super. Dass wir keinen Rasen haben, das ist, was Jean-Jacques Winter auch sagte, das gibt einfach nur Schmutz. Und so können Jung und Alt, Rollstuhl, sonst behinderte Leute oder Kinder mit ihren Velos dort fahren. Dass wir Gegner haben, das haben wir bei jedem Projekt. Da können wir machen, was wir wollen. Aber das hier habt ihr super auf die Beine gestellt und ich wünsche dem wirklich das Beste und dass wir uns alle einmal dort treffen und links und rechts in einem Restaurant einen Kaffee trinken gehen können.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte noch gerne etwas sagen zu Dir, Andreas. Wegen „frech“. Ich habe mir Mühe gegeben, ganz anständig meine Meinung zu sagen. Ich finde es frech, wenn man sagt, das sei frech. Wir beiden haben wahrscheinlich überhaupt nicht dieselbe Ansicht, was eine gute Partizipation ist. Mit meiner Erfahrung habe ich wirklich eine Ahnung, mehr als eine Ahnung, was das ist. Das, was jetzt beim Lindenplatz gemacht wurde, ist der Anfang von Partizipation mit vielen Leerläufen. Vielleicht war das jetzt auch wieder frech. Ich habe geschlossen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Somit ist die Rednerliste erschöpft. Ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4479 A abgeschlossen ist und wir kommen somit zu den Anträgen des Gemeinderats. Im Bericht Seite 22: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Antrag 1: Für die weitere Planung und die Ausführung des Projektes Umgestaltung Lindenplatz inkl. der Module eins und zwei wird ein Bruttokredit von CHF 3'140'000 inkl. 7,7 % MWST genehmigt. Wer diesem Antrag zustimmen kann, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Somit haben Sie diesen Antrag angenommen mit 30 Ja, bei 1 Nein und 3 Enthaltungen.

Zu Antrag 2: Die Kostengenauigkeit von +/- 10 % wird zur Kenntnis genommen. Wer das mit Karte bezeugen will, soll das zeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Somit haben Sie diesem Antrag zugestimmt mit 33 Ja, bei 1 Gegenstimme und 0 Enthaltungen.

Antrag 3: Eine allfällige Baukostenteuerung (Baupreisindex des Bundesamtes für Statistik) für den Bereich Tiefbau Grossregion Nordwestschweiz, April 2019 48,9 Punkte, Basis Oktober 2015 = 100 Punkte wird genehmigt. Wer diesem zustimmen kann, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben diesem Antrag ebenfalls mit 33 Ja, zu 1 Nein, bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Somit kommen wir zur Schlussabstimmung über das Geschäft 4479 A. Wer dieses Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben dieses Geschäft mit 32 Ja, bei 1 Nein und 1 Enthaltungen als Ganzes abgeschlossen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Ich mache beliebt, dass wir das Traktandum 4 auch gleich anhängen, da es ebenfalls zum Lindenplatz gehört.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 4**

Bericht des Gemeinderates vom 16.10.2019, zum Postulat von Rahel Balsiger, FDP, vom 25.01.2012, betreffend Erweitern des Konzepts «Standorte der Wertstoffsammelstellen» um einen Standort im Bereich Lindenplatz  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4052 / A

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Das Wort hat zuerst die Antrag stellende Person. Rahel Balsiger ist nicht mehr im Einwohnerrat. Wem von der FDP darf ich das Wort erteilen? Das sind zwei, ihr müsst abmachen, wer möchte... Also Kathrin Gürtler.

---



**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die FDP hat sich schon seinerzeit 2012 Gedanken zur Umwelt und zum Recycling gemacht. Hat festgestellt, dass im Raum Lindenplatz eine Wertstoffsammelstelle fehlt und hat das entsprechende Postulat eingereicht. Es freut uns heute sehr, dass nach langer Prüfung ein guter Standort an zentraler Lage auf dem Lindenplatz gefunden wurde. Wie es Evelyn Roth vorher schon sagte, die Leute dort in dieser Umgebung können mit ihrem alltäglichen Einkauf jetzt auch gleich ihre Flaschen dort entsorgen und sind nicht mehr auf das Auto angewiesen. Wir danken für die Prüfung auf dem Lindenplatz und sind dankbar, dass es so eine schöne zentrale Stelle geworden ist.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Viel kann ich nicht mehr ergänzen. Es ist für einmal ein Geschäft, das kurz geht. Wie gesagt, im Rahmen des Umbaus des Lindenplatzes ist eine Wertstoffsammelstelle geplant. So war sie immer ein integraler Bestandteil, worüber wir diskutiert haben. Dies ergibt auch eine Aufwertung und war ganz klar immer ein Bedürfnis, welches man erkannt hat. Ihr habt es gehört, alles im Rahmen des Projekts Lindenplatz. Ich denke, der Auftrag ist somit erfüllt und das Postulat ist daher bitte abzuschreiben. Dankeschön.

**Florian Spiegel**, Präsident: Herzlichen Dank. Somit wäre die allgemeine Beratung eröffnet. Ich stelle fest, es gibt keinen Wortlaut. Ich frage den Rat an, ob abschnitts- oder artikelweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das ist auch nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4052 A abgeschlossen ist. Ich komme zu den Anträgen des Gemeinderats. Abstimmung über Anträge des Gemeinderates Seite 4: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: 1. Das Postulat, Geschäft 4052, wird als erledigt abgeschrieben. Wer das bezeugen kann soll bitte die Karte erheben. Gegenstimme? Enthaltungen?

://:

Somit haben Sie dem Antrag mit 33 Ja, bei 0 Nein und 1 Enthaltung zugestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dieses Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, soll das mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Somit haben Sie dieses Geschäft mit 33 Ja, bei 0 Nein und 1 Enthaltung abgeschlossen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Wir machen bis 19.50 Uhr Pause.

PAUSE

**Florian Spiegel**, Präsident: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Den nehme ich auf meine Kappe - Dass wir mit zehn Minuten Verspätung beginnen, habe ich jetzt tatsächlich auch übersehen. Wir kommen zuerst zum Info-Fenster des Gemeinderats, bevor wir mit der Fragestunde weiterfahren. Das Wort hat Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Wie Sie wissen, hat Thomas Pfaff seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat innerhalb der laufenden Legislaturperiode erteilt. Er hat das mit Schreiben vom 16. Oktober 2019 gemacht und hat dem Gemeinderat mitgeteilt, dass er bereits per 31. Oktober 2019 zurücktreten wird. Damit ist dem Gemeinderat gerade mal knapp 15 Tage übrig geblieben, um sich über die Nachfolgeregelung Gedanken zu machen, resp. diese zu lösen. Der Gemeinderat hat dann an der nächsten Gemeinderatssitzung vom 23. Oktober 2019 beschlossen, dass er auf eine Ersatzwahl verzichtet und die Vakanz mit Stellvertreterlösungen überbrücken wird. an der übernächsten Gemeinderatssitzung, am 30. Oktober 2019 haben wir dann auch diese Stellvertretungslösungen auch definiert. Ich kann Ihnen versichern, dass der Gemeinderat sich diesen Entscheid, keine Ersatzwahl anzuordnen, nicht leicht gemacht hat und diesen auch ganz, ganz gut überlegt hat. Aus Sicht des Gemeinderats überwiegen Gründe, um auf eine Ersatzwahl zu verzichten. Gerne lege ich diese Gründe hier noch mal dar. Erstens erachtet die Zeit bis

---

zur nächsten ordentlichen Abstimmungstermin vom 24. November 2019 zu kurz, um den Parteien und anderen Gruppierungen oder auch Privatpersonen eine reelle Chance geben zu können, um einen möglichen Gemeinderatskandidatin oder -kandidatin zu präsentieren. Dabei möchte ich nochmals darauf hinweisen, die Gemeinderatswahl ist ein Majorzwahlverfahren oder erfolgt in einem Majorzwahlverfahren und nicht in einem Proporzwahlverfahren. Gewählt werden damit Persönlichkeiten und zwar Persönlichkeiten ungeachtet von ihrer Parteizugehörigkeit. Deshalb spielt es auch keine Rolle, welche Partei die wählerstärkste Partei ist. Es ist völlig belanglos. Es hat für den Gemeinderat auch keinen Grund darstellen können, dass eine Partei mit einem Kandidat bereits bereit ist. Der Gemeinderat muss allen Kandidaten und Kandidatinnen, vor allem möglichen Kandidaten und Kandidatinnen, die Möglichkeit einräumen, eine echte Chance zur Wahl zu haben. Der zweite Grund, weshalb wir auf eine Ersatzwahl verzichtet haben ist, dass nach dem ordentlichen Abstimmungstermin, eben 24. November 2019, sind wir alle in der Vorweihnachtszeit. In dieser Zeit wollte der Gemeinderat keine Wahlveranstaltung durchführen. Der dritte Grund ist, dass wir gesagt haben, an nicht offiziellen Wahlterminen, die ja dann nur noch zur Verfügung stehen würden, gehen wir davon aus, das wissen alle, Sie auch, bestens wird es in aller Regel viel weniger Einwohnerinnen und Einwohner haben, die dann auch wählen gehen. Die Gefahr einer Zufallswahl wäre damit nicht ausgeschlossen oder hätten wir nicht ausschliessen können. Der vierte und letzte Punkt: Sie wissen, am 9. Februar 2020 findet bereits die Gesamterneuerungswahl für den Gemeinderat statt. An diesem Datum haben wir im Gemeinderat erachtet, dass es nicht wirklich ideal ist, eine Gesamterneuerungswahl durchzuführen und gleichzeitig auch noch eine Ersatzwahl zu machen. Ich glaube, das hätte niemand der Einwohnerinnen und Einwohner verstanden. All diese Gründe haben den Gemeinderat dazu bewogen, auf eine Ersatzwahl zu verzichten. Wie gesagt, am 30. Oktober 2019 haben wir die Stellvertretungslösungen definiert und diese möchte ich Ihnen nun noch aufzeigen. Darum ging es hauptsächlich. Damit Sie wissen, mit wem Sie in Zukunft zu arbeiten haben resp. arbeiten dürfen. Wir haben die drei Ressorts, Kinder- und Erwachsenenschutz, Schulen und Steuern gedrittelt. Wir haben nicht dem Stellvertreter, das wäre Philippe Hofmann gewesen, alle drei Ressorts übergeben, weil wir fanden, es macht mehr Sinn, das zu dritteln. Es gibt auch ein bisschen weniger Arbeit. Sie sehen, ressortzuständig für Kinder- und Erwachsenenschutz ist neu Roman Klauser und die Stellvertretung Robert Vogt. Ressortzuständig für Schulen bin ich und Philippe Hofmann als Stellvertreter. Bei den Steuern ist es so, dass Gemeinderat Philippe Hofmann dieses Ressort übernimmt und Vizepräsident Franz Vogt wird Stellvertretung vornehmen.

Nebst der Ressortaufteilung mussten wir uns auch Gedanken machen, wer ist denn neu anstelle des bisherigen Thomas Pfaff ad interim, in dieser Funktion, bei der er Stellvertreter war. Das sind die drei Ressorts Gesundheit und Altersfragen, Kinder-Jugend-Familie Tagesstrukturen und Personal. Sie sehen, die Stellvertretung bei Gesundheit und Altersfragen ist ad interim Vizepräsident Franz Vogt, bezüglich Kinder-Jugend-Familie Tagesstrukturen ist es Gemeinderat Philippe Hofmann und beim Personal ist es der Gemeinderat Christoph Morat.

Wir mussten auch schauen, wo war Thomas Pfaff in welchen Institutionen für den Gemeinderat tätig. Sie sehen, da mussten wir auch eine neue ad interim-Lösung finden. Wir haben denn auch gesagt, es gibt Bereiche, wo es möglich ist, dass Thomas Pfaff noch weiter dabei sein kann, weil nichts dagegen spricht, es ist keine Wohnsitzpflicht massgebend etc. Wir meinten, Thomas Pfaff bleibt weiterhin bis zur nächsten Wahl, resp. im Sommer 2020 in der Stiftung Tagesheim, Stiftung Sozialer Wohnungsbau und Stiftung Blindenführhundeschule. Bezüglich der anderen Institutionen haben wir ad interim-Lösungen getroffen. Und zwar in Schulrat Primarstufe werde ich Einsitz nehmen, Schulrat Musikschule ebenso und Arbeitsgruppe Schule und Gemeinderat Leimental plus werde auch ich Einsitz nehmen. Dies aufgrund der Ressortzuständigkeit, die ich bei den Schulen bis im Sommer wahrnehmen. Dies zu Ihrer Information. Vielen Dank.

**Florian Spiegel**, Präsident: Wenn es keine weiteren Infos aus dem Gemeinderat gibt, kommen wir jetzt zur Fragestunde.

#### FRAGESTUNDE

**Patrick Kneubühler**, SVP-Fraktion: Guten Abend miteinander. Ich habe nur eine kurze Frage. Wurden wir informiert, dass der Gemeinderat Industriegebiet am Bachgraben eine Hotelbau bewilligt hat? Für den Fall, dass dem so ist, würde es mich Wunder nehmen, ob sich dies nicht beisst, denn meiner Meinung nach gibt es einen richterlichen Entscheid aus dem Kanton, der einst verboten hat, dass Hotels in der Industriezone gebaut werden sollen oder dürfen.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Patrick Kneubühler, Dankeschön für diese Frage. Der Gemeinderat ist nicht Baubewilligungsbehörde und somit hat er auch nichts bewilligt. Der Gemeinderat hat dem Bauwilligen im Baselink-Areal aber gesagt, wir würden das Vorhaben soweit unterstützen. Die Baubewilligungsbehörde ist der Kanton. Der klärt im Moment ab und prüft diese Baueingabe. Wenn das Bauinspektorat zum Schluss kommt, dass es aufgrund vieler Aspekte möglich ist, in diesem Gebiet ein Hotel zu bauen, dann wird das auch bewilligt. Zonenrechtlich kann ich sagen, dass es der Gemeinderat beraten hat und der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass ein sog. Businesshotel durchaus im linksufrigen Bachgrabengebiet Platz hat.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe ausnahmsweise keine Frage zum Flugverkehr. Ich habe im Allschwiler Wochenblatt und anschliessend in Natura das Spielgerät gesehen, welches sich da jetzt in der Wegmatten erhebt und umkreist. Meine Frage ist, wie viel junge und alte Menschen von Allschwil sind beteiligt worden bei der Auswahl dieses Spielgeräts?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzte Damen und Herren. Das Spielgerät hier ist eines von vielen Geräten auf diesem grossen Wegmattenplatz. Es hat natürlich ein professionelles Planungsteam daran gearbeitet. Aber es ist nicht so, dass wir das sehr breit abgestützt haben, sondern, es ist ähnlich wie beim Lindenplatz, man hat etwas aufgelegt. Wenn sich dann zeigt, dass es nicht funktionieren würde, dann sind wir sicher bereit, dies zusammen das anzuschauen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Wenn es keine weiteren Fragen gibt, würden wir ....

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zwei Fragen meinerseits: Zum ersten ist der Gemeinderat dem Anliegen des Einwohnerrats gefolgt und hat Ende Februar dieses Jahres die neue Gemeinde-App realisiert. Mich würde es Wunder nehmen, wie der Stand ist bezüglich Download- und Nutzerzahlen. Das wäre die erste Frage. Ich hänge gleich die zweite an: Der Gemeinderat hat am 12. September 2018, also vor mehr als einem Jahr hier informiert, dass trotz der Sanierung der Chemiedeponie Römischloch noch immer angeblich Umweltprobleme bestehen und hat in der Medienmitteilung zum einen die GIDRB, also dieser Verbund der Industrie- und Chemiefirmen in Basel zu einer Sitzung eingeladen und gleichzeitig eigentlich mit dem Gemeinderat von Neuweiler auch fünf explizite Forderungen gestellt. Leider wurde es etwas ruhig um diese Thematik. Wir haben auch keine weiteren Informationen erhalten. Deshalb drei Anschlussfragen: Hat diese Sitzung mit der GIDRB nun stattgefunden, zu der vorgeladen wurde? Welche dieser fünf Massnahmen, die explizit aufgeführt waren, wurden Stand heute umgesetzt? Wie können wir hier vielleicht auch der Gemeinderat mit seinem Bestreben, dass diese Umweltproblematik behoben werden könnte, unterstützen? Und noch eine kleine Frage, die ich anmerke: Wir haben vorhin die Zuteilung erhalten der neuen Aufteilung. Wäre es möglich, dass der Einwohnerrat dies alles noch schriftlich erhält via Mail, damit man auch die direkte Ansprechpartner im Gemeinderat findet. Besten Dank.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Lieber Etienne, ich würde die erste Frage beantworten und die zweite Frage wegen der Deponie Römischloch wird Philippe Hofmann beantworten. Bezüglich der Gemeinde-App. Du hast gefragt, wie der Stand heute ist betreffend Download- und Nutzerzahlen. Ich habe mir die Antworten geben lassen. Ich kann sagen: Up-/Downloads gab es 1'244, 807 über iOS und Android 437. Bezüglich der Frage wie viele App-Aufrufe pro Monat gemacht wurden, wäre vielleicht auch noch interessant, das sind 1'800. Am häufigsten aufgerufene Seiten in diesem Jahr waren Aktuelles und Meldungen 6'792, Gemeindemelder 5'643, Abfallkalender 4'552, Abfall und Umwelt 2'993, Immobilien Mieten 2'451, Immobilien Kaufen 2'040 (also in etwa gleich viele bei Mieten wie Kaufen), Gemeindeverwaltung Allschwil 1'814, Veranstaltungen 1'814. Gut? Dann gebe ich das Wort weiter an Philippe.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Gut, ich übernehme. Danke für die Anschlussfragen betreffend Römischloch. Das ist immer noch ein Leid, welches hier herumgeistert. Es ist nicht sehr rühmlich, was ich dazu sagen, aber es ist einfach so, dass tatsächlich seit 12.9.2018 kein weiteres Treffen stattgefunden hat. Wir haben mehrmals nachgefragt, also Andi Dill hat mehrfach nachgefragt bei dieser GIDRB. Die Gemeinde wurde immer auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet. Wir warteten also ab, es wird sicher getan werden. Zu Frage 2: Selbstverständlich wurde dementsprechend auch keine Massnahme umgesetzt. Die GIDRB hat mitgeteilt, dass sie den Sachverhalt zuerst mit den französischen Behörden prüfen und weitere Untersuchungen durchführen wollen, dann wenn sie Bewertungen und aktuelle Daten aus französischer Sicht haben. Wie das geht, wenn man Sachen mit französischen Gremien und Behörden abklären muss, habt ihr von mir schon mehrfach an anderer Stelle schon gehört. Es kann also

---

noch eine Weile dauern. Und zu 3.: Was auch dazu zu sagen ist, es gibt halt auch ein Problem wegen des Wassermangels. Es hat nun letztes Jahr nicht so viel geregnet und dieses Jahr eben auch noch nicht so viel, dass man tatsächlich sinnvollerweise Wasserproben hätte nehmen können. Erst in letzter Zeit hat es etwas geregnet. Ich habe es Andi Dill im Zusammenhang mit dieser Frage gestern nochmals gesagt und wenn es so weiter geht, könnten wir vielleicht gegen Ende Woche nochmals hin und schauen, ob wir selber eine Wasserprobe nehmen können. Ich bin aber nicht ziemlich zuversichtlich, weil die Wassermengen, welche letztmals runter kamen, als wir gemessen hatten, waren ganz andere als dieser wenige Regen, der durchlief. Somit hat man in diesem Jahr bis jetzt auch keine oberflächlichen Wasseraustritte feststellen können. Wie kann der Einwohnerrat helfen? Eine schwierige Frage. Vielleicht mit einer Resolution? Das wäre vielleicht ein Mittel, aber wahrscheinlich wäre momentan ein bisschen der falsche Zeitpunkt für Resolution, weil wir als Gemeinde haben auch selber gar keine aktuellen Messergebnisse. Also wir könnten nichts vorlegen, was mit einer Resolution erhärtet werden könnte. Wie gesagt, ich bin auch zuversichtlich, dass wir vielleicht noch in der nächsten Zeit vielleicht, wenn es noch genug regnet, wieder eine Wasserprobe nehmen können und aufgrund dieser könnte man dann wieder eine Medienmitteilung machen und sich dann auch dementsprechend übers Verhalten der chemischen Industrie auslassen. Es ist nicht viel, was ich dazu sagen kann, aber das ist wohl der Weg, den wir beschreiten werden.

**Florian Spiegel**, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Daher fahren wir mit der ordentlichen Traktandenliste weiter.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 5**

Bericht des Gemeinderates vom 16.10.2019, zum Postulat von Urs Pozivil, FDP-Fraktion, vom 15.05.2018, betreffend Tarifgruppenanpassungen in der Gebührenverordnung für Allschwiler Vereine  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4395 / A

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Das Wort die Antrag stellende Person, welche heute entschuldigt ist. Wem aus der FDP darf ich das Wort geben?

**Roman Hintermeister**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir von der FDP-Fraktion bedanken uns beim Gemeinderat für die Beantwortung dieses Postulats. Es freut mich ausserordentlich, dass der Gemeinderat seine Gebührenstrategie noch einmal überdachte und zum Entschluss kam, dass die Allschwiler Vereine auch in Zukunft keine Gebühren werden bezahlen müssen. Das wird sicher auch viele Allschwiler Vereine gefreut haben und können sicher wieder ein bisschen gelassener in die Zukunft gehen. Besten Dank.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, vielen Dank, dass Sie das bereits schon als eigentlich erledigt erklärt haben und ich schlage vor, dass wir gleich zur Abstimmung kommen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Trotzdem ist vorher noch die allgemeine Beratung eröffnet, falls es noch Wortmeldungen gibt. Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit frage ich den Rat an, ob zusätzlich artikel- oder abschnittsweise Beratung gewünscht wird. Das ist ebenfalls nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4395 A abgeschlossen ist. Wir gehen zu den Anträgen des Gemeinderats. Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates Seite 4: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: 1. Das Postulat, Geschäft 4395, wird als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Wer dieses Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, soll dies mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Das ist ebenfalls nicht der Fall zu sein

://:

Somit ist dieses Geschäft einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 6**

Bericht des Gemeinderates vom 16.10.2019, zum Postulat der CVP-Fraktion, vom 22.05.2018, betreffend Intelligente Strassen bauen  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4398 / A

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Die Antrag stellende Person hat zuerst das Wort aus der CVP. Wem darf ich das Wort erteilen? Christian Kellermann.

**Christian Kellermann**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Vor einem Jahr hat die Mehrheit des Einwohnerrats Allschwil ein Stück Zukunft und Hightech in die Hände des Gemeinderats gelegt oder besser gesagt überwiesen. Es soll untersucht werden, welche Gemeinde eigene Strassen für die Umrüstung zu Solarstrassen sich eignen würden. Ein Jahr später lesen wir einen ernüchternden Bericht des Gemeinderats mit einer knappen Aufzählung von möglichen Wegen, die sich gemäss Solarstrassenkataster gut eignen würden, auf Solarstrassen umgerüstet zu werden. Gut, es wurde auch nicht verlangt, mehr zu untersuchen. Als Schlusssatz wird erwähnt, dass die Gemeinde die Weiterentwicklung aktuell wegen den preisaufwändigen Strassenanlagen vorerst beobachten möchte. Geschätzter Gemeinderat, liebe Einwohnerratskollegen, gerade jetzt, da wir mit unseren Energieressourcen haushälterisch umgehen müssen und in dreissig Jahren, wenn alle Schweizer AKW abgeschaltet werden, soll man nicht abwarten, bis es dann eben zu spät sein wird. Was hat die Gemeinde Allschwil bis heute an eigenen Solaranlagen auf gemeindeeigenen Liegenschaften oder - Böden installiert? Auf dem nächsten Bild sieht ihr gelb markiert, welche Gebäude Solaranlagen erhalten haben, die der Gemeinde gehören. Das sind gerade mal zwei Kindergärten, in diesem Gebäude, in dem wir selber sind, gibt es auch Solaranlagen und auf dem Feuerwehrgebäude selbst auch. Mit Rot sind die sehr auffällig und sehr intensiv genutzten Solardächer von Firmen oder Wohngebäuden markiert. Die Privaten, also eher die kleineren Solardächer habe ich nicht markiert. Aber was man sehen kann, ist, dass ein sehr grosser Nachholbedarf auf Gemeinde- sowohl als auch auf privater Ebene vorhanden ist. Vergleichen wir das Verhältnis von Dachflächen zu Strassenflächen, erhalten wir 1:20. D.h. auf 1'000 m2 gemeindeeigenen Dachflächen stehen 20'000 m2 Gemeindestrassen gegenüber. Es gibt noch viel Potenzial auf gemeindeeigenen Gebäuden, weitere Schulen und Kindergärten, die man nachrüsten könnte. Diese sind aber verschwindend klein gegenüber den Strassenflächen, welche ein sehr grosses Potenzial darstellen. Es besteht also eine enorm grosse Entwicklungsmöglichkeit für Solarstrassen. Fazit: Das Thema Alternativenergie Solar soll man nicht jetzt in die Schublade legen und versorgen, sondern aktiv dran bleiben und evtl. sogar im Baselink, also der Bachgrabenüberbauung, dort ein Testprojekt in Angriff nimmt.

Wir möchten daher dieses Postulat noch nicht abschreiben und drängen darauf, eine Erstinstitution zu prüfen. Dies vielleicht auf einem Zeithorizont von drei Jahren.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzte Einwohnerräte, geschätzter Präsident. Intelligente Strassen Bauen ist etwas sehr Futuristisches, wie uns beschrieben worden ist. Es wird dabei in Erwägung gezogen, wie gesagt wurde, dass man gewisse Strassen in Allschwil prüfen soll, wie sich diese nutzen liessen, um Energie, also Strom aus Solarzellen, gewonnen werden kann. Die Abteilung Energie Planen Bauen hat sich diesem Auftrag angenommen und hat darauf hin der IWB einen Auftrag erteilt, eine solche Prüfung hinsichtlich nutzbarer Fläche in Sachen Sonneneinstrahlung vorzunehmen. Das Ergebnis ist so ein Solarstrassenkataster und ja, es gäbe sogar Strassen, die sich eignen, im Gebiet Feldstrasse Lettenweg, Dürrenmatten und auf dem Rosenberg. Damit ist im Grunde die Evolution vollzogen, der Auftrag wäre erfüllt und das Postulat könnte man abschreiben. So einfach machen wir es uns aber dann doch nicht. Es gibt noch zwei, drei Anmerkungen zu diesem Solarkataster, der hier ist für die Strassen. Bei diesem Kataster ist anzumerken, bei einer Strassensanierung ist es sicher angezeigt, dass man den Faktor Sonneneinstrahlung berücksichtigen würde. Allerdings ist das nur einer von vielen anderen Aspekten, welche auch zu betrachten sind. Es ist die Art und Nutzung einer Strasse, hinsichtlich auch der Anspruchsgruppen. Es ist die Belastung der jeweiligen Strasse, der Unterhalt und in punkto diese Solarausrüstung, die Höhe der Stromproduktion wie auch die Kosten ganz im Generellen. Gerade in Sachen Kosten sieht der Gemeinderat diese Sache eben halt etwas kritischer. Wie im Bericht aufgezeigt wurde, liegen diese viel höher als z.B. bei Dachinstallationen. Deshalb sehen wir auch vor, zuerst bei den Dachinstallationen der gemeindeeigenen Bauten vorwärts zu machen, auch wenn sich der Gemeinderat in diversen Vergangenheitsentscheiden gegen Bauten ausgesprochen hatte. Trotzdem, wir haben jetzt ein Mittel mehr zur Prüfung, welches man konsultieren kann. Auch im Einzelfall soll bei einem Strassenausbau ein solcher Katasterauszug zur Beratung und Evaluation beigezogen werden, damit man

---

abschätzen könnte, ob es grundsätzlich in Frage kommen könnte oder nicht. Ganz vergessen ist es jedenfalls nicht, es landet vielleicht in der Schublade zur guten Aufbewahrung, aber es wird sicher wieder hervor genommen, weil man so ein sinnvolles Messinstrument benötigen werden.

**Florian Spiegel**, Präsident: Somit ist die allgemeine Beratung eröffnet.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident. Ich zitiere aus der NZZ: „Deutschland, erste Solarstrasse endet vor Gericht.“ Im Postulat der CVP ist diese Firma Sol Move aus Berlin als Beispiel aufgeführt, welche die Lösung dieser intelligenten Solarstrassen bereits anbietet und umsetzen würde. Wenn man den Artikel der NZZ liest, kommt der Name Sol Move auch wieder, und zwar hat man in Deutschland eine Teststrecke erstellt von 90 m. Diese Teststrecke befindet sich auf einem Veloweg, also mit einer sehr geringen Belastung und man musste nach einer kurzen Nutzungsdauer von nicht einmal einem Jahr, behaften Sie mich nicht auf die genaue Zahl, den Testbetrieb eingestellt werden, weil man diese Anlage nicht dicht bekam. Die Firma Sol Move war bis heute nicht im Stande, diese Anlage wieder so instand zu stellen, dass man sie nutzen kann. Wie Recherchen durch die Zeitung auch zeigte, hat man auch in Frankreich eine solche Anlage installiert, die ist noch in Betrieb, aber sie liefert deutlich weniger Strom als man angenommen hatte. Der Grund, schaut man es so an, ist nahe liegend. Die Glasoberflächen, welche die Sonneneinstrahlung auffangen, werden zerkratzt durch die Verkehrsteilnehmer und dadurch werden die Leistungswerte massiv reduziert. Auch in der Stadt machte man ein solches Projekt oder gibt es auch so eine Firma, ein Start-up, das solche Solarstrassen anbietet. Die haben sehr erfolgreich am Kapitalmarkt Geld gesammelt. Aber das erste Projekt, welches auf einem Platz in Amerika hätte sein sollen, ist bis heute nicht umgesetzt. Das Beispiel aus China, welches ihr erwähnt habt, habe ich nirgends gefunden. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass man das Postulat abschreiben sollte. Wir sind wie der Gemeinderat auch der Meinung, man sollte jetzt erst einmal die brach liegenden Flächen, wenn sich die Gelegenheit bietet, zu nutzen, und die Entwicklung dieser intelligenten Strassen sicher interessiert weiter zu verfolgen. Wenn sich dann die Möglichkeit ergibt oder die Technologie soweit entwickelt ist, dass man sie auch mit einem vernünftigen Aufwand umsetzen kann, dass man dann sich noch einmal überlegt, ein Strassenabschnitt in Allschwil umzunutzen.

**Florian Spiegel**, Präsident: in diesem Fall liegen keine weiteren Wortmeldungen vor... Etienne Winter.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben es gehört, das ist eine Zukunftstechnologie, welche diverse Hürden vor sich hat, seien sie juristisch oder auch umsetzbar. Was wir aber mittlerweile haben, sind ja Solarpanels, die ja eigentlich funktionieren. Der Gemeinderat hat es vorher gesagt, in der Vergangenheit war man eher restriktiv daran und hat ablehnende Entscheide getroffen. Wenn wir über uns hinschauen, haben wir eigentlich eine Turnhalle. Diese Fläche, die jetzt mit Panels belegt ist, ist eigentlich genau so gross wie dieser Raum. Aber dieses Flachdach geht noch bis zum Foyer rüber und geht auch hier noch rüber. Das ist ein Beispiel. Der Gemeinderat hat, glaube ich, eine Fläche abgegeben, welche durch einen eigenen Betreiber bewirtschaftet werden kann. Wieso wurde nicht die ganze Fläche abgegeben? Oder war das Angebot nicht vorhanden? Wir haben diverse andere Schulhäuser. Vor vielen Jahren, vor zehn Jahren, wie ich das in der letzten Interpellation geschrieben habe, sind sehr viele Vorschüsse diesbezüglich eingegangen. Der Gemeinderat hat sich aber bis jetzt immer ein bisschen dagegen gewehrt. Natürlich, die Entwicklung geht weiter. Jetzt haben wir noch einen Vorstoss von Alfred Rellstab überwiesen, in welchem der Gemeinderat auf einem viel kleineren Perimeter oberhalb der eigenen Gemeindeverwaltung dies nun prüfen soll, ich nehme mal an als Eigennutzung. Dazu will ich fragen: Was hemmte denn der Gemeinderat in der Vergangenheit, in diese Technologie zu investieren, die jetzt eigentlich brauchbar ist, brach liegende Dächer? Besten Dank.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ich nehme diese Frage gerne entgegen und kläre das ab. So lange zurück in der Vergangenheit war ich noch nicht dabei, um eine treffende Auskunft geben zu können, was bei den einzelnen Entscheid, die dazu auch im Bericht aufgeführt sind. Wir können aber vielleicht rekonstruieren, was da war, das wäre dann der Vergangenheitsbewältigungsschritt. Mir ist es wichtiger, dass wir vorwärts schauen und was wir in Zukunft machen könnten, wie wir hier vorwärts gehen würden. Erwägen wir doch an dieser Stelle, sobald es wieder etwas zu entscheiden gibt, was wir machen können, erwägen, was der Gemeinderat machen kann, und blicken wir weniger zurück, was er früher warum, wieso nicht getan hat. Aber ich nehme es mit.

**Florian Spiegel**, Präsident: Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Somit frage ich den Rat an, ob artikel- oder abschnittsweise Beratung gewünscht wird. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4398 A abgeschlossen ist. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderats. Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates Seite 4 des Berichts: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: 1. Das Postulat, Geschäft 4398, wird

---

als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmen kann, soll es mit Karte bezeugen. Wer dem nicht zustimmen kann und das Geschäft, das Postulat, stehen lassen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Enthaltungen?

://:

Somit haben Sie dieses Geschäft mit 27 Ja, bei 6 Nein und 1 Enthaltung abgeschrieben.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dieses Geschäft als Ganzes abschreiben will, soll es bitte mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben das Geschäft abgeschlossen mit 30 Ja, zu 5 Nein bei 0 Enthaltungen.

01.030      Einwohnerrat

**Traktandum 7**

Interpellation von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 15.06.2019, betreffend  
Fahrradwege Überquerung Bachgraben  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4470

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Das Wort hat zuerst Henry Vogt. Aufgrund dessen, dass er keine schriftliche Beantwortung verlangt hat, gehe ich davon aus, dass er das Wort direkt dem Gemeinderat weiter gibt? Das ist richtig so, damit hat das Wort Gemeinderat Philippe Hofmann.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Merci Henry. Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Bei dieser Interpellation geht es darum, im Zusammenhang mit der Veloquerung des Bachgrabens verschiedene Fragen zu beantworten. Scheinbar würden dort Velofahrer sehr schnell über diese Brücke rasen, so dass es zu Gehässigkeiten kommt und auch gefährliche Situationen entstehen. Das ist die Ausgangslage. Zuerst wollte Henry erst mal wissen, ob diese Problematik uns bekannt ist. Tatsächlich ist bekannt, dass es - allerdings sehr sporadische - Vorfälle gibt. Wenn man tatsächlich mit 40 oder in der Interpellation angegeben mit 50 km/h durchfahren würde, notabene ohne dass solche Tempi jemals gemessen wurden, aber er stellt das so in den Raum, dann muss man sagen, das ist natürlich ein absolut rücksichtsloses Verhalten. Dass solche Sachen nun mal in der Bevölkerung vorkommen, ist leider eine Tatsache und es entspricht natürlich in keiner Art und Weise einer angemessenen Fahrweise, wie man dort rüber fahren sollte. Leider lassen sich solche Vorfälle gar nie aus der Welt schaffen, ganz egal, wie man das angeht. Das ist leider eine Tatsache, wenn es so wäre. Aber wichtig ist, es sind sporadische und Einzelfälle, die uns bekannt sind. Welche Massnahmen man ergreifen könnte, um den Verkehr zu verlangsamen, wurde uns des Weiteren gefragt. Man könnte sog. Umlaufgitter einbauen, dann muss man ein S fahren mit dem Velo. D.h. man kann nicht mehr direkt über die Strasse, sondern man muss ein S ringsherum fahren. Das könnte natürlich sicher zur Geschwindigkeitsreduktion beitragen. Man muss aber auch sehen, dass das fast ein bisschen eine Schikane ist für Velofahrer, die dort durchfahren und sich an die Regeln halten. Deshalb denke ich, es ist nicht gerade sinnvoll, also angezeigt, so etwas einzubauen. Was aber besonders störend ist, an diesen Umlaufgittern, ist, dass besonders Velos mit Anhänger oder so ein Kisten-Velo oder Tandems gar nicht mehr dort durchfahren könnten, wenn man sie so bauen würde, wie man sie bauen muss. Vor allem auch Kinderwagen und Rollstühle würden damit behindert. Nichtsdestotrotz ist dies eine Massnahme, die man ab und zu gesehen hat, aber wir möchten gerne davon wegkommen, dass man das so mit einem Gitter baut. Als Massnahme wird deshalb vorgeschlagen, dass man eher ein Schild hinstellt, das heisst „Achtung Gefahr“ und die Strassenoberfläche entsprechend farblich gestaltet. Das hat doch ein sehr positiver Effekt, wenn man nachweislich sagen kann, was auch bei den Velowegen angewandt wird, wenn sie z.T. rot eingefärbt sind, dass man merkt, aha, da ist noch irgend etwas anderes im Raum, als gerade noch nur ich und mich selber. Dann war noch die Frage, ob für die Querung der Wegmatten geplant sind, falls nein, ob noch Gedanken ins Projekt einfließen können. Im Bereich des Jugendhauses, also auf der anderen Seite, wird eine sog. Inselnase als Verengung gebaut. Das verbessert sicher mal die Sichtverhältnisse, und das Gelände wird mit reflektierendem Blech versehen und auch der Boden wird farblich gestaltet. Dem hat der Gemeinderat am 5. Juli 2017 so zugestimmt. Zum Schluss war noch die Frage, ob eine Beleuchtung auch der Parkallee vorgesehen ist. Die Antwort ist, dass auch dort eine Beleuchtung Bestandteil des Konzepts ist. Ich hoffe, Henry, Du als Interpellant bist zufrieden mit diesen Antworten und dass wir die Interpellation darum auch so nachher abschreiben können. Dankeschön.

**Florian Spiegel**, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist oder nicht und das kurz zu begründen. Das Wort hat Henry Vogt.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Ich begründe es immer kurz, das wisst ihr ja - Ich habe diese Interpellation ja bewusst im Juni vor dem Bau der Wegmattenüberquerung geschrieben. Damit die Verkehrsregelung bewusster gestützt werden konnte, noch vor dem Bau der Wegmattenüberquerung. Diese Überquerung, die Sie jetzt sehen, die dem Jugendland vorbei geht, ist dunkel und es ist eng. Man sieht ja, weiter vorne sieht man ja diese Verengung und die Fahrzeuge, die wirklich darüber fahren, die werden immer schneller. Kommt man von oben mit einem E-Velo, welches 45 km/h fährt, fährt man einen oder mehrere km/h schneller. Ein Gitter wäre vielleicht gar nicht so schlecht. Der Abstand zwischen den Gitter gibt natürlich vor, wer vorbei fahren darf oder wer nicht. Aber wie ihr seht, mit der Signalisation wurde etwas getan, ob das soweit reicht, werden wir sehen. Hauptsache ist, dass die Lenker wie signalisieren, vorher vom Velo absteigen, und so überqueren. Oder vielleicht habe ich die Signalisation auch falsch verstanden.

**Florian Spiegel**, Präsident: Die Diskussion ist eröffnet, falls kein Gegenantrag vorliegt. Das scheint nicht der Fall zu sein und die Diskussion ist nun eröffnet.

**Mehmet Can**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Also Henry, echt jetzt. Ich rede für mich selber: wenn ich ein Cargo-Velo habe, komme ich bei so einem Umlaufgitter nicht mehr durch. Ich bin bei weitem nicht der einzige. Wenn jemand nicht vernünftig genug ist und nicht auf Rechts und Links schaut, kannst du auch gleich einen Polizisten hinstellen. Ich finde, ein bisschen gesunden Menschenverstand sollte man schon haben, ansonsten muss drum herum fahren, was auch nicht unbedingt sehr toll ist. Wenn ich mal ab und zu zum Fussballplatz fahre oder zum Robi-Spielplatz, kann ich mit dem Velo nicht mehr dort durch. Danke.

**Barbara Grange**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, geschätzte Kollegen. Ich fand diese Anfrage von Henry Vogt eigentlich wirklich interessant. Weil ich denke auch, dass es schon jetzt ziemlich befahren ist und wahrscheinlich in Zukunft mit dem Ausbau des Industriegebietes tatsächlich noch mehr Anlass sein wird, dass Leute von der einen zur anderen Seite gelangen möchten. Ich habe denn auch den Auftrag der Partei gefasst, das vor Ort mal anzuschauen. Ich bin selber mit dem Elektrovelo dort hin gedüst, habe natürlich abgebremst, als ich in die Nähe kam. Zufall oder nicht, aber mir kam ein Elektrovelo in voller Fahrt entgegen. Gott sei Dank war es beleuchtet, so ging es gut aus. Also ohne Licht wäre es nicht gut gegangen. Ich denke, es ist wirklich eine Problematik. Ich bin mir nicht sicher, ob ich das mit diesen Gitter verstanden habe, ich habe so etwas, glaube ich, noch nie gesehen. Ich weiss einfach nicht genau, wie die Fussgänger bei diesem S-Vorschlag durchkommen. Es scheint mir etwas absurd. Müssen die Fussgänger dann auch ein S gehen, oder? Ich habe mir das angeschaut und gedacht, es gibt eigentlich nur eine Lösung, die ist aber teuer. Und zwar wäre das Verbreiterung. Aber interessant wäre das an und für sich schon. Denn es ist für Fahrradverkehr und Fussgänger gleichzeitig zu schmal. Was mich auch irritiert hat, man sieht es auf dem Bild schön, da kommt das Langsam, finde ich eigentlich gut, aber das ist erst ganz oben, wenn man bereits im Promenadenbereich ist, steht da langsam! Vielleicht könnte man auch einfach als erste und eher kostengünstige Massnahme schon weiter unten anbringen? Ich danke.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Nur ganz kurz: Mehmet Can, meine Aussage hängt vom Abstand dieser Gitter ab. Das war alles. Ich habe nicht gesagt, man soll eine machen. Für mich ist die Interpellation beantwortet. Man hat etwas unternommen, man hat sich Gedanken gemacht und wird sich auch zukünftig Gedanken machen. Für mich reicht es so. Dankeschön.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Benötigt es noch eine Ausführung zu diesen S? Nein. Sonst allgemein noch schnell betreffend Verbreiterung: Ich finde, eine Verbreiterung ist zwar auf den ersten Blick sinnvoll, da kann man sich kreuzen, aber wenn man etwas verbreitert, baut man einfach eine Rennstrecke, weil dann kann ein Velo dort garantiert schnell durchfahren. Sonst im Strassenverkehr, wenn man verkehrsberuhigende Massnahmen vorkehren, macht man immer Verengungen, damit Begegnung nur bei einer langsamen Geschwindigkeit geschehen kann. So denke ich, dass hier eine Verbreiterung wahrscheinlich genau das Konträre, von dem, was angezeigt ist. Wir lassen es mal so, wie es ist. Sammeln vorhandene Erfahrungen. Wir können noch vermerken, es gab bis jetzt keinen namhaften Unfall, welcher in irgend einer Statistik aufgeführt wäre. So gesehen - ja, es ist bekannt, der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden, also lassen wir es mal so stehen und haben weiterhin ein Auge drauf, wenn etwas passiert, damit Sie wissen, was geht.



**Christoph Ruckstuhl**, EVP/GLP/Gründe-Fraktion: Werter Präsident, werte Anwesende. Als Velofahrer weiss ich, dass man ziemlich gut darauf reagiert, wenn der Weg leicht uneben ist. Dann fährt man nicht mehr mit 40, 45 km/h rüber, auch nicht mit 30, sondern man geht wirklich runter. Als Empfehlung wären leichte Unebenheiten Anbringen, welche farblich markiert sind. Wirklich nur leicht, es reicht völlig. Es müssen keine Löcher sein, es können ganz leichte Schwellen sein, schön farblich gelb markiert, und ich garantiere, die Geschwindigkeit dort wird rapid sinken. Dankeschön fürs Zuhören.

**Florian Spiegel**, Präsident: Ich stelle fest, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit zählt die Interpellation als beantwortet und als erledigt abgeschrieben. Es gibt keine Abstimmung dazu.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 8**

Postulat von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 29.04.2019, betreffend  
Bauschuttalagerungen am Mühlebach  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4461

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Die Antrag stellende Person ist nicht mehr im Einwohnerrat, wem der Grünen darf ich das Wort geben? Ueli Keller.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dankeschön. Ist gut.

**Florian Spiegel**, Präsident: Gibt es noch Ausführungen von Gemeinderat Philippe Hofmann?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Nein, keine, es wird entgegen genommen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Sofern jetzt kein Gegenantrag aus dem Rat vorliegt, was nicht der Fall ist, zählt das Geschäft, Postulat 4461, als überwiesen und wir kommen zu Traktandum 9.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 9**

Postulat von Ueli Keller, Grüne Allschwil, vom 08.04.2019, betreffend  
Keine Gebühren für Allschwiler Vereine  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4451

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Zuerst hat das Wort die Antrag stellende Person Ueli Keller.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dankeschön. Geschätzte Anwesende. Ich habe eine inhaltliche und formale Ausführung. Inhaltlich ist ja das mit den Gebühren von Vereinen jetzt erledigt. Ich habe im Zusammenhang mit der Abstimmung für dieses Schulhaus Telefons, Mails etc. erhalten, worin man mich getadelt hat, dass ich gegen das Schulhaus sei, weil die Vereine unbedingt diese Halle benutzen wollen. Das ist jetzt bereinigt. Der formale Aspekt, eigentlich meine ich, wäre es gut, wenn der Gemeinderat dieses Postulat entgegen nehmen würde und als erledigt abschreiben würde. Es ist für mich unlogisch, dass er das nicht entgegen nehmen will. Aber da würde ich jetzt nicht weiter darauf drängen.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich habe dazu keinen Kommentar.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe wirklich vorher ein wenig geschlafen beim Traktandum, bei welchem wir dieses Thema schon einmal behandelt haben. Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, um kurz Stellung zu nehmen. Vorab, wir stellen überhaupt nicht die Kompetenzen des Gemeinderats in Frage, wir wissen alle, der Gemeinderat hat nach Gemeindegesetz natürlich ganz klar die Kompetenz, Gebühren zu erheben oder nicht. Ihr wisst auch, dass wir in unserer Fraktion sehr gespalten sind. Gewisse haben Verständnis

---

---

für den Entscheid und gewisse auch nicht. Jedenfalls nehmen wir zur Kenntnis, dass der Gemeinderat sich entschieden hat, von dieser Gebührenordnung, nachdem sie zuerst eingeführt wurde, wieder abzusehen. Entschuldigung, ja, ich präzisiere, dass die hier in der Gemeinde Allschwil Ansässigen oder hier Verwurzelten, sind in dieser Gebührenordnung, resp. fallen in die Gruppe Null, also dass sie nicht bezahlen. Genau. Wo ich eine Frage habe, es wurde ja nur eingeladen, diesen Entscheid noch einmal zu überdenken und wir erhalten als Antwort einen Verweis auf die Gemeinderatssitzung und auf den Beschluss ohne Begründung. Ich gehe davon aus, dass sich der Gemeinderat, bevor er das eingeführt hat, den Konsequenzen bewusst ist, was das in Allschwil auslösen würde. Dass es kein Schnellschuss war. Ich gehe auch davon aus, dass der Gemeinderat sich bewusst war, dass er ein heikles Thema anfasst, das diverse Spannungen hervorbringen kann. D.h. dass vielleicht Vereine auf die Barrikaden gehen, dass vielleicht politische Entscheidungsträger auf die Barrikaden gehen und dass natürlich auch von der Bevölkerung Widerstand kommen wird. Wie gesagt, jedes Projekt hat auch seine Gegnerinnen und Gegner. Wir können aber jetzt nichts daraus lesen, was der Bewegungsgrund des Gemeinderats war, davon abzusehen. Weil ich gehe eben davon aus, das hat ja der Gemeinderat kalkuliert, und daher meine Anschlussfrage: Was war jetzt der springende Punkt, dass der Gemeinderat das noch einmal überdachte? Ich kann nicht davon ausgehen, dass es eigentlich der Widerstand war, oder meinte der Gemeinderat, der Widerstand sei höher ausgefallen, als er geplant hatte? Besten Dank. Wenn ich an dieser Stelle noch inhaltliche Entscheidungsgründe erhalten könnte. Merci.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Als wir diese Benutzungsordnung einführten, planten wir eigentlich, auch für die regelmässigen Benutzungen der Halle und Räumlichkeiten auch von den Vereinen eine Gebühr zu verlangen. Selbstverständlich haben wir das im Verursacherprinzip und gut gemeint haben wir das in unser Reglement genommen. Zwei Jahre später hat sich herausgestellt, dass nicht nur der Druck alleine von den Vereinen selbst sehr gross wird, sondern auch der Einwohnerrat mit dem Postulat FDP, welches wir vorhin eigentlich bereits behandelt haben, und nun mit dem Postulat Ueli Keller das nachgedoppelt haben. Der Gemeinderat gelangte dann zur Überzeugung, nachdem wir es ja im ersten Jahr vor 2019 aussetzten, d.h. er liess die Vereine kostenlos für regelmässige Benutzungen gastieren. Dadurch hat er bereits vorweg genommen, dass der Gemeinderat Bereitschaft erklärt. Dann ging es nur noch darum, möchte man das dauerhaft so machen. Die Regelung ist nun so, dass man der Tarifgruppe 0 auch Vereine zulässt. D.h. dass Vereine, bei regelmässigen Benutzungen von Lokalitäten kostenlos sich dort aufhalten können. Das sind Vereine, die in Allschwil domiziliert sind oder eine starke Beziehung zu Allschwil haben. Das wurde so präzisiert. Das hat der Gemeinderat unterdessen bereits vorgenommen und deshalb sind wir im Gemeinderat der Meinung, dass man jetzt eigentlich das Postulat von Ueli Keller gar nicht entgegen nehmen muss. Das macht eigentlich gar keinen Sinn. Aber selbstverständlich, wenn Sie das entgegen nehmen wollen und gleich abschreiben, das ist nicht verboten.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich sage halt doch noch etwas. Durch das Publizieren dieses Postulats mit Nichtentgegennahme gab es Leute, die verunsichert waren, weil sie dachten, geht es jetzt doch nicht mehr. Das Wort Nichtentgegennahme bedeutete, der Gemeinderat will keine gebührenfreie Hallenbenutzung. Daher wäre es vielleicht von der Kommunikation her günstig aber nicht ganz wichtig.

**Florian Spiegel**, Präsident: Also zurück gezogen haben Sie das Postulat nicht, Herr Keller. Jetzt ist die Frage, wenn Sie es abgeschrieben haben wollen, dann müssten Sie den Antrag stellen.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte es abgeschrieben haben.

**Florian Spiegel**, Präsident: Dann müssten Sie das einfach noch ausführen, dass Sie den Antrag stellen auf Entgegennahme und Abschreiben. Also, ich verstehe es richtig, Sie möchten das Postulat überweisen und abschreiben? So lautet Ihr Antrag? Okay. Wenn es keine Wortmeldung mehr hat, würden wir nun über den abgeänderten Antrag von Ueli Keller zu seinem Postulat abstimmen. Er stellt den Antrag, dass man dieses Postulat überweist und gleichzeitig abschreibt. Wer dem zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Wer dieses Postulat nicht entgegen nehmen möchte, soll das jetzt mit Karte bezeugen. Enthaltungen?

://:

Somit haben Sie das Postulat einstimmig bei 3 Enthaltungen entgegen genommen und abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 10**

Postulat von Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion, vom 17.06.2019, betreffend  
Lärmbelästigungen Schulhaus Gartenstrasse  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4471

---

**Florian Spiegel**, Präsident: Die Rednerliste ist eröffnet. Das Wort hat der Antragstellende Patrick Kneubühler.

**Patrick Kneubühler**, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kollegen. Nur kurz zu diesem Postulat. Wir haben dieses Postulat eingegeben, weil wir von den Anwohner dieses Schulhauses, sprich von dessen Pausenplatz kontaktiert wurden. Die Situation der Anwohner ist scheinbar nicht mehr tragbar und auch nicht mehr zumutbar. Sie können abends, speziell im Sommer, nicht mehr auf dem Balkon sitzen, Später abends die Fenster nicht mehr offen lassen. Es hat sich draussen eine Partyszene entwickelt, da wird mit Ghettoblaster und weiss nicht was Basketball gespielt und und und. Ich habe Videos erhalten, die einen riesigen Betrieb zeigen noch weit nach 23 Uhr, Videos mit brennenden Rucksäcken unter dem Basketballkorb. Mittlerweile redet man von Drogenkonsum und -handel auf dem Pausenplatz, Sachbeschädigungen und und und, nebst dem ganzen Dreck und Unrat, welche nach solchen Nächten liegen bleibt. Es ist mir jedoch klar, dass das Postulat in der ersten Form falsch formuliert war, deshalb würde ich das gerne in der abgeänderten Version, wie aufgelegt, einreichen.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Darf ich es schnell anschauen? Moment. Ich sage mal schnell etwas zum anderen Postulat, das vorliegt. Weil hier weiss ich nicht, ob ich das so schnell ändern und etwas dazu sagen kann. Ich kann nicht die Gesamtmeinung des Gemeinderats vertreten, bevor wir das, welches hier liegt, überhaupt zusammen besprochen haben. Deshalb, ich tue einfach mal so, als ob das neu Formulierte nicht hier und gebe Antwort auf das Postulat, so wie es eingereicht wurde. Eine veritable Partyszene habe sich auf dem Schulhausplatz eingerichtet. Was selbstverständlich Lärm verursacht und die Anwohner stört, was nachvollziehbar wäre. Folgendes: Im letzten Sommer rückte die Securitas rund 30 Mal aus, was rund 7'500 Franken kostete. Nur in vier Fällen waren Jugendliche vor Ort zu finden und total wurden dann fünf Jugendliche wegen Nachtruhestörung angezeigt und mit 50 Franken gebüsst. Allerdings hat der Polizeiausschuss diese Bussen wieder zurücknehmen müssen, einerseits wegen Mangel an Beweisen, weil die Leute z.T. sagen konnten, sie seien gar nicht dort gewesen, oder weil sie sonst ein Alibi vorweisen konnten. Und andererseits auch aufgrund eklatanter Widersprüche in den Securitas-Protokollen. 2019 rückte die Securitas fünf Mal aus, drei Mal wegen Lärm, der aber nicht nachgewiesen werden konnte, zwei Mal wegen Basketball Spielen, wobei man den Jugendlichen dann beim Eintreffen der Patrouille vor Ort nichts mehr vorwerfen konnte, weil sie nicht mehr am Spielen waren. Bezüglich der Kontrolle durch den Abwart ist zu sagen, dass er ab 22 Uhr die Anwesenden auf die Benutzungsordnung hinweisen kann. Also, man darf dort sicher nicht rauchen, kein Alkohol trinken, keinen Lärm machen. Aber weg weisen kann er sie nicht, weil es gibt kein generelles Betretungsverbot. Aufgrund der relativ geringen Vorkommnisse sieht sich der Gemeinderat auch keine Notwendigkeit für weitere Massnahmen. Im Gegenteil. Man könnte sich sogar die Frage stellen, wie ist mit den Kosten umzugehen, wenn immer in etwa dieselben drei, vier Anwohner anrufen und der Pikettdienst in der Mehrheit vergebens ausrückt. Deshalb der Antrag auf Nichtentgegennahme. Ich bitte Sie, diesem Antrag zu folgen. Was hier steht, muss ich noch schnell genauer lesen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Ich möchte noch schnell ergänzen, weil der Gemeinderat fragte, ob es gestattet ist, das Postulat noch abzuändern. § 45 Behandlung von Motionen und Postulaten des Geschäftsreglement sagt unter Abs. 4: Das Antrag stellende Ratsmitglied kann den Wortlaut einer Motion oder eines Postulats während der Beratung ändern. Es kann ferner eine Motion in ein Postulat umwandeln. Soweit noch zur Erläuterung. Somit ist die Rednerliste eröffnet.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich möchte Philippe Hofmann gerne erklären, wie das mit der Securitas dort läuft. Ich habe es selber erlebt, ich habe es selber gesehen. Die Securitas kommt angefahren mit dem Securitas-Wagen, schön blau angeschrieben auf der Seite und dann suchen sie zuerst einmal einen Parkplatz, weil sie richtig parkieren wollen. Dann geht es hin und her, links und rechts bis sie einparkiert haben, steigen aus und anschliessend gehen sie auf den Platz, schauen, was los ist. Dass sie dann nichts vorfinden, ist, glaube ich, auch ziemlich logisch. Ich bin schon öfter zu später Stunde, so 22, 23, 24 Uhr, dort vorbei gegangen, und es ist tatsächlich so, dass man sie hören kann z.B. beim Basketball Spielen, dass durch das schöne Schulhaus hallt es ziemlich laut zurück.

---

Man sieht sie teilweise auch hinten, ich nenne es mal Affenfelsen, essen - ja, beim gedeckten Platz mit Loch, dort sieht man sie essen und sitzen. Es ist nicht so, dass dort nichts los sei. Wegen Vorkommnissen mit Drogen usw., dies wurde wahrscheinlich im Polizeibericht sicherlich erwähnt, mindestens ein Mal.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Aus meiner Sicht sind diese zwei Fassungen wie Tag und Nacht. Die erste Fassung ist quasi eine Bestandesaufnahme Verlangen. Bei der zweiten Fassung geht es jetzt um Massnahmen. Das muss man sehen. Das ist wirklich wie Tag und Nacht. Der ersten Fassung hätte ich nichts abgewinnen können. Was nützt es, wenn man weiss, was los ist? Die zweite Fassung finde ich diskutabel. Ob das wirklich schlimm ist oder wie schlimm es ist, ist eigentlich nicht relevant. Es geht nur darum, zuzustimmen, dass man einverstanden ist, dass es geprüft wird, ob es diese Massnahmen braucht und wie diese umgesetzt werden können.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Patrick. Ja ich bin nun auch erstaunt über die Antragsänderung, die doch einiges mehr an Brisanz aufweist. Ich gehe davon aus, prüfen und berichten. Überweisen wir das und der Gemeinderat wird Stellung nehmen, wird sich vielleicht dieser Problematik ein bisschen annehmen. Ich schmunzle einfach etwas, früher hingen wir halt im Gemeindepärkli rum. Dieser ist nun halt zu, jetzt muss man einen anderen Ort finden. Es ist überdeckt, es hat eine Treppe. Als kleine Massnahme, wir reden ja vom Gartenhofschulhaus, also im Gartenstrasse hocken sie ja auch gemütlich. Man muss irgend einen Freiraum haben. Wenn es aber ausufernd wäre für die Anwohnerinnen und Anwohner, bitte nehmt es einfach entgegen, geht diese Sache an. Wir müssen ja nicht Polizei spielen. Ich bin schon mal vorbei gegangen und ich kannte es auch. Prüfen und Berichten und wir können das Ganze anschauen. Danke bestens.

**Florian Spiegel**, Präsident: Somit liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung des Postulats. Wer dieses Postulat in abgeänderter Form wie aufgelegt überweisen möchte, soll das jetzt mit Karte bezeugen. Ich bitte um Auszählen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben dieses Postulat bei 24 Ja, 8 Nein und 2 Enthaltungen überwiesen. Somit ist dieses Traktandum 10 auch abgeschlossen.

**Florian Spiegel**, Präsident: Wir haben noch ein Traktandum auf der Liste, aber dadurch wir letztes Mal schon bis 22 Uhr gemacht haben, ausser der Rat sagt, er sei bereit, dieses Traktandum noch zu erledigen, dann könnte man das jetzt noch behandeln. Die Gemeindepräsidentin muss gehen. Ich bin der Meinung, es ist eine kurze Sache. Ich würde es noch gerne behandeln. Schaggi Winter schüttelt den Kopf, es ist keine kurze Sache. Dann würde ich an dieser Stelle die Sitzung nun beenden und allen einen schönen Abend wünschen und mich recht herzlich bedanken.

Ich muss noch nachschieben, tut mir Leid, habe ich vergessen: Es sind bis zum Ende der Sitzung 16 Budgetpostulate eingegangen. Das noch so als Hinweis.

ENDE DER SITZUNG 21.00 Uhr